



"...tapfer zu verteidigen"

Gelöbnisse, Geschichtspolitik, Militarisierung

Herausgeberinnen:

JungdemokratInnen/Junge Linke, Landesverband Berlin
Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Berlin
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

INHALT

3	"...tapfer zu verteidigen" - Gelöbnisse, Geschichtspolitik, Militarisierung
4	Geschichtspolitik und Bundeswehr
7	Deutsche Tradition. Warum am 20. Juli geloben?
10	Sand im Getriebe? Henning von Tresckow zum Beispiel
13	Kleine Gelöbnisgeschichte. Gelöbnisse von früher bis heute
17	GelöbNIX - X-tausend-mal Berlin
20	Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform!
22	GelöbNIX - wir stören gern!
24	Die Medien und der Krieg
29	Die Militarisierung der deutschen Gesellschaft
32	Ein deutscher Soldat foltert nicht
9ff	NS-Zeittafel

IMPRESSUM

Herausgeberinnen:

JungdemokratInnen/Junge Linke, Landesverband Berlin

Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Berlin

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Verlag:

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin

Tel.: +49-(0)30 - 440 130 28

Fax: +49-(0)30 - 440 130 29

Druck: Drei Groschen Druck, Berlin

Layout: Marco Rahn

ISBN: 3-931977-06-4

Copyright © 2004

Die Rechte an den einzelnen Artikeln liegen bei den jeweiligen Organisationen bzw. AutorInnen. Der Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von zwei Belegexemplaren erlaubt. Alle Bildrechte liegen bei den FotografInnen.

Foto Umschlag: Metin Yilmaz

Eigentumsvorbehalt:

Diese Broschüre ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

"...tapfer zu verteidigen"

Gelöbnisse, Geschichtspolitik, Militarisierung

Seit 1999 führt die Bundeswehr jeweils am 20. Juli ihr zentrales Gelöbnis am Jahrestag und Ort des gescheiterten Hitlerputsches in Berlin durch. Ort und Datum sind mit Bedacht gewählt. Am 20. Juli 1944 scheiterte ein Attentat auf Adolf Hitler. Die Attentäter wurden im Bendlerblock, damals Sitz des Oberkommandos der Wehrmacht, hingerichtet. Die Bundeswehr stellt sich in die Tradition eben jener Wehrmachtsoffiziere um Stauffenberg, die - größtenteils erst als der Krieg schon verloren war - mit Hitler brachen, weil er das Deutsche Reich in eine Niederlage geführt hatte.

Die Bundeswehr ist offiziell keine Angriffsarmee. Jedoch wird die BRD weder gegenwärtig noch in absehbarer Zukunft militärisch bedroht. Landesverteidigung scheidet als Legitimation für die bundesdeutsche Armee also aus. Dennoch wird die Militarisierung der BRD heftig vorangetrieben. Auslandseinsätze der Bundeswehr häufen sich. Eine allgegenwärtige terroristische Gefahr wird herbeizitiert, um die "Erneuerung" der Bundeswehr notwendig erscheinen zu lassen. Diese Erneuerung bedeutet jedoch den Umbau zu einer schlagkräftigen Angriffsarmee. Im Rahmen der EU soll Aufrüstung demnächst sogar zur verfassungsmäßigen Pflicht werden.

An der Wehrpflicht wird festgehalten. Die vereinfachte Nachwuchsrekrutierung und die angeblich notwendige Erhaltung des Zivildienstes wiegen aus Sicht der Bundesregierung schwerer als die Grundrechte junger Menschen.

Durch öffentliche Gelöbnisse wird Militär im Alltag zur Normalität. Gelöbnisse symbolisieren den militärischen Drill, die Entmündigung der Rekruten sowie die Unterordnung des Einzelnen unter das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Das Militär, eine autoritäre Institution, wird hier als Wert an sich gefeiert. Die Besetzung eines sonst öffentlichen Raums fördert die Akzeptanz der Bundeswehr und hilft zudem, verges-



sen zu machen, dass Armeen zum Kriegführen und nicht zum Stapeln von Sandsäcken dienen.

Da der Bundeswehr die Legitimation durch eine real existierende militärische Bedrohung der Bundesrepublik fehlt, ist eine historische Legitimierung durch Tradition umso wichtiger. Mit dem Gelöbnis am 20. Juli stellt sich die Bundeswehr in die Tradition des Widerstands gegen den NS-Staat. Ausgewählt dafür wurde jedoch nur der nationalkonservative Widerstand, der von Angehörigen der Eliten ausging, die vielfach selbst an der Vorbereitung und Durchführung des Eroberungs- und Vernichtungskrieges beteiligt waren. Der auch zahlenmäßig bedeutendere antifaschistische Widerstand, sei er nun anarchistisch, christlich, demokratisch, kommunistisch, pazifistisch oder sozialdemokratisch motiviert gewesen, wird durch den ausschließlichen Bezug auf die "Männer des 20. Julis" ignoriert.

Mit der Bezugnahme auf den 20. Juli 1944 wird die Bundeswehr zur "Menschenrechts- und Friedensarmee" umgelogen, um sie als selbstbewusste Eingreiftruppe in aller Welt zu rechtfertigen.

Diese Broschüre liefert Informationen und Hintergründe zu Gelöbnissen, zum 20. Juli und seiner Instrumentalisierung und zum Kurs von Bundesregierung und Bundeswehr, Deutschland auch militärisch weltweit zum Akteur werden zu lassen.

INFO

Wer neugierig geworden ist: www.geloebnix.info



Foto: Lothar Eberhardt

Geschichtspolitik und Bundeswehr

Autor: JungdemokratInnen/Junge Linke

Jeder Staat gibt sich eine offizielle Geschichtsschreibung, jene Lesart der Geschichte, die in Schulbüchern, Gedenktagen oder Denkmälern zur Geltung kommt. Die offizielle Geschichtsschreibung vermittelt uns nicht nur, wie es - angeblich - gewesen ist, sondern wir erfahren zugleich, wie die vergangenen Formen von Staat und Gesellschaft aufzufassen und welche Konsequenzen daraus für die Bürger abzuleiten sind. Die offizielle Geschichtsschreibung soll ein Orientierungsschema vermitteln, das die politischen Denk- und Verhaltensformen beeinflussen soll. Ein Geschichtsbild - und seine Interpretation - ist also in hohem Maße politisch bedeutsam.

Die Gründung der Bundeswehr

Während nach dem Zweiten Weltkrieg die Städte noch von Trümmern und Kriegsinvaliden geprägt waren und die Bevölkerung mehrheitlich die Forderung "Nie wieder Krieg!" unterstützte, begannen deutsche Politiker schon wieder, die Möglichkeit einer Remilitarisierung der Bundesrepublik ins Auge zu fassen. Ebenso, wie in der Wirtschaft, dem Staatsapparat und der Justiz die alten

Kräfte wieder tätig wurden, konnte auch die neue Armee nur mit ehemaligen Nazis aufgebaut werden, die in der Wehrmacht dem "Dritten Reich" bis zuletzt treu gedient hatten. Schon die ersten Berater der Bundesregierung in militärischen Fragen waren zuvor hohe Offiziere der Wehrmacht gewesen. Bei allen Überlegungen hinsichtlich einer künftigen deutschen Streitmacht, die ehemalige Offiziere seit etwa 1948 in privaten Zirkeln anzustellen begannen und seit Sommer 1950 dann auch in offiziellen Denkschriften formulierten, spielte der Gesichtspunkt der Wiederherstellung der "soldatischen Ehre" eine zentrale Rolle. Nicht die eigene Kriegsführung, sondern die Behandlung durch die Alliierten nach dem Ende des Krieges stand im Mittelpunkt der Debatte. Ohne eine prinzipielle Änderung dieser insgesamt als "Diffamierung" empfundenen Situation wollte man sich für den Aufbau neuer, wie auch immer in den westlichen Verteidigungszusammenhang eingebundener deutscher Streitkräfte nicht zur Verfügung stellen. Und in der für den Aufbau der Bundeswehr grundlegenden Himmeroder Denkschrift wurde die "Rehabilitierung des deutschen Soldaten durch eine

Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte" und eine entsprechende "Ehrenerklärung" von Bundes-tag und Bundesregierung verlangt. Darüber hinaus wurde die Freilassung aller als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen gefordert.

Und so wurde - noch bevor der erste Soldat der Bundeswehr seinen Dienst antrat - die Ehre der Soldaten der Wehrmacht wiederhergestellt, die Kriegsverbrecher amnestiert und die größtenteils rechtsextremistischen Traditionsverbände wieder zugelassen. So war es wohl kaum ein Zufall, dass Kasernen und Kriegsschiffe nach alten Wehrmachtsoffizieren benannt wurden, alte faschistische Lieder in den Gesangsbüchern der Bundeswehr auftauchten oder ein Porträt von Hermann Göring im Offizierskasino eines Luftwaffengeschwaders aufgehängt wurde. Aber zu den unverdauten Daten zählte für viele Bundeswehrangehörige und soldatische Traditionsverbände nicht zuletzt der 20. Juli 1944, dessen Niederschlagung noch von vielen ehemaligen Wehrmachtsoffizieren verteidigt wurde. Und so ist es kaum verwunderlich, dass der ehemalige Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr Günther Roth noch 1997 in der Auseinandersetzung um die "Wehrmachtsausstellung" betonte: "Als militärisches Instrument war sie (die Wehrmacht) durch den Primat der Politik gezwungen, der Staatsführung zu gehorchen, als diese militärische Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Absichten als unabdingbar notwendig erklärte." Also auch hier das Ideal des "unpolitischen Soldaten".

Traditionsverständnis bei der Bundeswehr

Nach dem Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün fuhr das "Verteidigungs"ministerium einen Zickzackkurs. Das Gelöbnis sollte wieder ins öffentliche Rampenlicht - aber verknüpft mit "antifaschistischen" Daten wie dem 20. Juli. Kasernennamen sollten revidiert werden, allerdings nur in Abstimmung mit den Kommunen vor Ort. Zur "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" hatte der Minister den Kontakt abgebrochen - zu offensichtlich waren ihre Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen. Gleichzeitig wurde jedoch öffentlich über die Einführung einer neuen Tapferkeitsauszeichnung nachgedacht: "Man

muss über die Schaffung einer deutschen Tapferkeitsauszeichnung nachdenken. (...) Das Eiserne Kreuz als Tapferkeitsauszeichnung hat eine gute Tradition in Deutschland seit den Befreiungskriegen." (NATO-General und Bundeswehrinspekteur a. D. Naumann, 1999) Und obwohl man sich bemühte, den 20. Juli als zentrales Datum der Traditionsstiftung einzusetzen, wurden kritischen Militärhistorikern, wie Detlef Bald, Lehraufträge an der Bundeswehrhochschule entzogen. Und natürlich distanzierte sich auch die neue Bundeswehrführung von der Hamburger "Wehrmachtsausstellung", die die Verbrechen der Wehrmacht aufgearbeitet hat.

Die idealisierte Erinnerung an das Stauffenberg-Attentat war im Land der Mitläufer und Mittäter zunächst allerdings unpopulär. Sie konnte ihre Wirkung als Symbolfigur des "anderen Deutschlands" und einer "demokratischen Armee" erst entfalten, nachdem jene integriert und amnestiert waren. Es war ein langer Weg von der Diffamierung als "Vaterlandsverräter" in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit bis zur schrittweisen - wenn auch nicht unumstrittenen - offiziellen Anerkennung als "Aufstand des Gewissens". Noch Mitte der 60er Jahre sahen 25 Prozent der Bundesbürger im Widerstand einen Fall von "Verrat". So wurde noch in den ersten Nachkriegsjahren von den politischen Eliten der Bundesrepublik die politische und rechtliche Legitimation des Attentats diskutiert. Im öffentlichen Gedenken an den 20. Juli stellte sich das Widerstandsproblem anders dar - regelmäßig werden die offiziellen Gedenkfeiern zur Abrechnung mit anderen Formen des Widerstands genutzt. An einer ausdrücklichen Würdigung z. B. des kommunistischen Widerstandes bestand auch hier kein großes Interesse, zumal die KPD in der Bundesrepublik zeitgleich mit der Wiederbewaffnung verboten wurde. Den politischen Akteuren war jedoch daran gelegen, diese polarisierenden Effekte zu überspielen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wurde die breite - angeblich alle politischen Richtungen und sozialen Gruppen einbindende - Unterstützung des Widerstands vom 20. Juli betont. Nur so konnte aus dem Widerstand einiger Militärs ein "Symbol der Selbstachtung unseres Volkes und (...) einer Rehabilitierung in der



Foto: Lothar Eberhardt

Völkerfamilie" werden (Heinrich Lübke, NSDAP-Mitglied und Bundespräsident).

Wie wohl keine andere staatliche Einrichtung war und ist die Bundeswehr mit diesem Datum konfrontiert. Zum einen geht es auch hier um das Verhältnis zwischen Wehrmacht/Nationalsozialismus und Bundeswehr, also um das schwierige Problem der soldatischen Traditionspflege. Zumal der weit überwiegende Teil derer, die seit Ende der 50er Jahre in die Kasernen einrückten, in der Wehrmacht treu gedient hatte. Andererseits - so hieß es in der Himmeroder Denkschrift - müsse diese Anerkennung "mit der Achtung vor den vielen anderen Soldaten" einhergehen, "die im Gefühl der Pflicht ihr Leben bis zu Ende eingesetzt haben". Die Denkschrift wurde von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren verfasst, die sich über einen zukünftigen deutschen "Wehrbeitrag" Gedanken machten. In der öffentlichen soldatischen Traditionspflege zeigt sich insofern ein widersprüchliches Bild: Bundeswehrangehörige beteiligen sich ebenso selbstverständlich an der Gedenkfeier im Bendlerblock wie an Ehren-

zeremonien vor Kriegerdenkmälern aus der NS-Zeit. Militärische Traditionspflege kennt weder Demokratien noch Diktaturen, sondern nur den Staat. Und dies hat auch einen einfachen Grund. Die Aufgaben und die interne Organisation der Armeen sind in jedem Gesellschaftssystem identisch. Allein, um eine höhere Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung herzustellen, müssen unterschiedliche Legitimationen konstruiert bzw. andere Formen der unterschiedlichen Präsentation gefunden werden.

Geschichtsbilder sind in hohem Maße bedeutsam und politisch umkämpft. Gerade weil mit dem "richtigen" Geschichtsbild Institutionen sich selbst legitimieren können, wird Geschichte immer auch ein Feld der politischen Auseinandersetzung bleiben. Und dabei mischt auch die Bundeswehr mit: Sie beteiligt sich z. B. alljährlich offiziell an den Traditionstreffen der Gebirgsjäger, bei denen Veteranen der faschistischen Wehrmacht und aktive Bundeswehrangehörige "Kampfes- und Opfermut" huldigen und die Kriegsverbrechen und Massaker der "Elitetruppe" ausblenden.

Deutsche Tradition

Warum am 20. Juli geloben?

Autorin: Ulrike Gramann, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Bis 1990 hatte die Bundeswehr in Berlin nichts verloren und konnte demzufolge auch nicht an der offiziellen Veranstaltung der Bundesregierung zum 20. Juli in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand teilnehmen. Ab 1990 bemühte die Bundeswehr sich verstärkt um Teilnahme. So marschiert seit 1991 eine Kompanie des Wachbataillons in der Gedenkstätte auf. Seit 1999 führt die Bundeswehr am gleichen Tag zudem ein Rekrutengelöbnis durch. Die Soldaten der Bundeswehr werden auf dem Appellplatz am Bundesministerium der Verteidigung aufgestellt, damit sie dort geloben, "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". Gedenkstätte und Verteidigungsministerium befinden sich in unmittelbarer räumlicher Nähe beide im Berliner Bendlerblock, und mit dem Datum 20. Juli setzen Bundesregierung und Bundeswehr sich in unmittelbare geistige Nähe zu den Männern, die am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Hitler verübten. Es scheiterte. Attentäter und Mitverschworene des geplanten Staatsstreichs wurden verhaftet und größtenteils hingerichtet. Das sind die Männer, die gemeint sind, wenn heute vom "deutschen Widerstand" die Rede ist und damit der Widerstand gegen den NS-Staat schlechthin gemeint wird.

Nichts ist hierbei Zufall: nicht, dass die Bundesregierung in jedem Jahr eine Gedenkveranstaltung an den symbolischen Orten des 20. Julis durchführt, nicht, dass die Bundeswehr den Bendlerblock für den Berliner Sitz des BMVg verwendet, und ebenso wenig ist es ein Zufall, dass hier das "Gelöbnis der Gelöbnisse", offenbar ein Akt von staatstragender Bedeutung, alljährlich stattfindet. Mit der Berufung auf die Männer des 20. Julis stellen Bundesregierung und Bundeswehr sich bewusst in die Tradition der gescheiterten Attentäter und eines "deutschen" Widerstands - eben nicht in die antifaschistische Tradition von Tausenden sozialdemokratisch, kommunistisch, anarchis-

tisch, internationalistisch oder schlicht humanistisch motivierten Menschen. Was macht die Männer des 20. Julis, exemplarisch die Militärs, so geeignet als Vorbilder und identitätsstiftende Widerstandssikonen?

Sie waren Militärs:

Sie waren keine PazifistInnen wie andere Unbekannte und Prominente, die den Nationalsozialismus bereits vor 1933 und auch zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft kritisierten und Widerstand leisteten, wie Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky. Für diese Menschen, die bereits in den ersten Jahren in Konzentrationslagern gequält, ermordet, ins Exil getrieben wurden, gibt es weder ein offizielles Datum noch eine offizielle Feierlichkeit der Bundesregierung. Sie eignen sich nicht als Symbolfiguren in einer Bundesrepublik, die ihre Soldaten an Einsätzen in aller Welt beteiligt und in den nächsten Jahren noch stärker beteiligen wird. Auch diejenigen Männer, die aus der Wehrmacht desertierten und den Kriegsdienst verweigerten, sind weder offizielle Identifikationsfiguren noch Anlass symbolträchtiger Feiern. Ihr Widerstand stellt zwangsläufig die Existenz einer Armee und insbesondere die Teilnahme an Kriegseinsätzen jeder Art in Frage. Anders Männer wie Generalmajor Henning von Tresckow oder General Friedrich Olbricht: Über Jahre hinweg beteiligten sie sich nicht nur an der Vorbereitung des Krieges, sondern nahmen an den völkerrechtswidrigen Feldzügen teil, folgten den Befehlen und einer militärisch-militaristischen Idee von Treue und Gefolgschaft. Wer Menschen motivieren will, in einer Armee zu dienen, das Prinzip von Befehl und Gehorsam zu akzeptieren, Rüstung und Aufrüstung zu dulden, wird den Teufel tun und statt solcher Männer Wehrkraftzersetzer auf den Schild der Traditionen und des öffentlichen Gedenkens heben. Militärs, die jahrelang treu ihrem Eid Dienst taten, fügen sich weit besser ins (Vor)Bild, selbst wenn der Eid auf Hitler gelautet hatte.

Dabei, das wird gern vergessen, gab es Einzelfälle hoher Militärs der Wehrmacht, die abgedankt haben und sich nicht am Krieg beteiligten. Einer von ihnen, Generaloberst Ludwig Beck, gehörte später zu den Verschwörern. Beck ließ sich 1938 von seinem Amt entbinden, übrigens nicht, weil er die nationalsozialistische Expansionspolitik grundsätzlich abgelehnt hätte, sondern weil die Wehrmacht für die unmittelbar bevorstehende Kriegführung noch nicht genügend gerüstet sei. Beck wurde dafür nicht inhaftiert oder Schlimmeres, sondern in den Ruhestand versetzt. Ein anderer hoher Militär, General Kurt von Hammerstein-Equord, bekannt kritisch den Nazis gegenüber eingestellt, trat 1934 aus Protest über die "Röhm-Affäre" als Chef der Heeresleitung zurück.

Sie waren Nationalisten:

Claus Graf Schenk von Stauffenberg soll vor seiner Hinrichtung gerufen haben: "Lang lebe unser heiliges Deutschland!" oder "Es lebe das heilige Deutschland!" Auch über Henning von Tresckow wird überliefert, ihm sei es 1944 nur noch darauf angekommen, dass "die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat".

Die Konzepte der Verschwörer, soweit sie überliefert sind, waren nationalistisch und reaktionär. Nicht wenige unter ihnen waren bereits als Reichswehrangehörige Gegner der Weimarer Republik gewesen und hatten Hitlers Machtantritt begrüßt. Sie wollten eine Revision der Grenzen des 1. Weltkrieges. Den darüber noch hinausgehenden Raub von Territorien, die Ausbeutung, Versklavung und Vernichtung ihrer BewohnerInnen lehnten sie erst dann ab, als dadurch schließlich der Bestand des Deutschen Reiches gefährdet war. Nun wollten sie Deutschland vor Hitler retten. Wer die deutsche Geschichte "historisieren", Schuld und Verantwortung am 2. Weltkrieg und an der Vernichtung der europäischen Juden in den Hintergrund rücken will, wer schließlich ein erstarktes und national definiertes Deutschland als weltpolitisch wichtigen Faktor sehen will, beruft sich auf diese Vertreter eines "besseren Deutschlands". Und in Analogie dazu bieten die Hitler-Attentäter die Fiktion einer "besseren Wehrmacht". Damit kann die Bundes-



Foto: Hans Peter Stiebing

wehr nun offen zu eben jener Kontinuität stehen, die einst ihr Gründungsmakel und Geburtsfehler war: ihr Aufbau unter maßgeblicher Teilnahme einstiger Wehrmachtsangehöriger.

Dass schließlich ausgerechnet in der Amtszeit einer sozialdemokratisch-grün geführten Bundesregierung die Ehrung des "deutschen Widerstands" mit einem Rekrutengelöbnis in Zusammenhang gebracht wird, ist auch kein Zufall, sondern logischer Bestandteil einer Modernisierungsstrategie, in der die historische Verantwortung der Deutschen und das Wort Auschwitz zu Argumenten für und nicht gegen die Beteiligung an Angriffskriegen werden konnten.

Sie waren "Spätberufene":

Eine Anzahl dieser Männer waren Wehrmachtsoffiziere, unter ihnen Generäle, die bereits in der Reichswehr der Weimarer Republik gedient hatten. Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hatte den Nationalsozialismus gewünscht und aktiv mitgetragen, antisemitische, rassistische und revanchistische Überzeugungen geteilt. Während AntifaschistInnen bereits in Konzentrationslagern verschwanden, hatte wiederum ein überwiegender Teil der Bevölkerung geschwiegen. Es stützt die Thesen "Wir haben nichts gewusst" und "Man konnte ja nichts machen", wenn selbst die Angehörigen der konservativ-nationalen Eliten, die späteren Attentäter und Vertreter eines "besseren Deutschlands" über Jahre hinweg nichts wissen und nichts tun konnten. Wie hätten dann also erst die vermeintlich Ohnmächtigen handeln sollen, Arbeitsdienstmänner, ArbeiterInnen in den Rüstungsbetrieben, NachbarInnen, die für billiges Geld die Hinterlassenschaften ihrer deportierten jüdischen MitbürgerInnen aufkauften und deren Wohnung bezogen. Die bittere Erkenntnis, dass die "kleinen Leute", dass Oma und Opa womöglich von der Diktatur profitiert haben und deshalb wider besseres Wissen schwiegen und mittaten,

wird gleich leichter, wenn selbst die "Großen" weit bis in die Kriegsjahre hinein schwiegen und partizipierten. Solche Mythen dienen der Entlastung der stillschweigend und offen mit dem NS-Staat einverstandenen Deutschen. Tatsache ist, dass vom ersten Tag des NS-Staats politischer Terror gegen Andersdenkende und als "andersartig" Definierte in aller Öffentlichkeit stattfand. Doch wer sich dessen bewusst gewesen war, kam meist gar nicht erst in diejenigen Machtpositionen, aus denen heraus die Männer des 20. Julis die Ehre der Deutschen retten wollten.

Sie sind gescheitert:

So unsinnig es scheinen mag, auch das Scheitern der Verschwörer gehört - allerdings im Zusammenhang mit ihrer vorherigen Machtposition - zu den besonders identitätsstiftenden Merkmalen des "Aufstands des Gewissens". Dass selbst diejenigen, die zu den Mächtigen gehörten, die bewaffnet und Befehlshaber von Truppen waren, gescheitert sind, wirkt ebenfalls entlastend. Mit ihrem Scheitern und der danach folgenden Verfolgung und Ermordung wurden aus Mitwissern, Mitschuldigen und Mittätern Märtyrer. Im allerletzten Moment haben sie sich "bekehrt" und wurden dann auf quasi religiösem Wege durch ihr Opfer auch von etwaiger Schuld gereinigt. Nicht die im Einzelfall gelungene Desertion, mit der sich ein Wehrmachtssoldat der Teilnahme an Verbrechen entzog, nicht das gelungene Überlaufen zu den alliierten Truppen, nicht einmal die gelungene Rettung von Verfolgten führen zu derjenigen staatstragenden Heldenverehrung, wie sie in der Bundesrepublik von heute den Attentätern des 20. Julis 1944 gewidmet wird.

Dass die Verschwörer nicht mehr wie in der Nachkriegszeit als Verräter gebrandmarkt werden, dass ihr Handeln als eine Form von Widerstand überliefert wird, geschieht in Anerkennung historischer Tatsachen. Die Lüge beginnt im Verschweigen der gleichfalls historischen Tatsachen ihrer Mitverantwortung für NS-Verbrechen, und sie besteht im Unterschlagen des anderen, nicht zuletzt zahlenmäßig bedeutenderen Widerstands.

1925

- Hitlers Buch "Mein Kampf", bis Ende 1932 fast 300.000 mal verkauft, erscheint. Zentrale programmatische Aussagen: Judenausrottung, Krieg im Osten zur Eroberung von "Lebensraum".

30.01.1933

- Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler.

03.02.1933

- Geheimrede Hitlers vor den führenden Kommandeuren der Reichswehr: "Ausrottung" des Pazifismus, Todesstrafe für Landesverrat, Einführung der Wehrpflicht, vor allem "Wiederherstellung der deutschen Macht" zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung".

28.02.1933

- Der Reichspräsident erlässt die Verordnung "Zum Schutz von Volk und Staat". Diese bis zur Kapitulation in Kraft gebliebene Verordnung setzte das Grundrecht der Freiheit der Person, die Meinungs-, Presse-, Vereins-, Versammlungsfreiheit, das Post- und Fernsprechheim-

nis und die Unverletzlichkeit von Eigentum und Wohnung außer Kraft. Es "legalisierte" die nun beginnenden Verbrechen. Rund 10.000 Menschen wurden allein in Preußen bis Mitte März in "Schutzhaft" genommen (insbesondere KPD-Funktionäre, Sozialisten und intellektuelle Linke wie Erich Mühsam und Carl v. Ossietzky).

05.03.1933

- Die NSDAP erreicht trotz Behinderungen anderer Parteien und unter massiver finanzieller Wahlkampfunterstützung durch Großindustrie und Großfinanz nur 43,9% der Stimmen.

08.03.1933

- Reichsinnenminister Frick kündigt Errichtung von Konzentrationslagern (KZ) an.

21.03.1933

- Die 1. Reichstags Sitzung wird durch Propagandaminister Goebbels als "Tag von Potsdam" inszeniert. Bewusst wird Potsdam als Ort preußischer Geschichte ausgewählt, um eine Verbindung "vom alten und neuen Deutschland"

(Fortsetzung S.11)

Sand im Getriebe?

Henning von Tresckow zum Beispiel

Autorin: Ulrike Gramann, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

In der Nachkriegszeit als "Verräter" abqualifiziert, gelten die Attentäter des 20. Julis 1944 heute als exponierte Vertreter des "deutschen Widerstands", oft sogar als der Widerstand gegen den Nationalsozialismus schlechthin.

Aber gerade die Militärs unter den Mitverschworenen waren keineswegs Sand im Getriebe des NS-Staats, auch keine bloßen Rädchen, sondern in vielerlei Hinsicht Motor: nämlich mitverantwortlich für Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und die konkrete Umsetzung des Angriffskrieges. In der militärhistorischen Forschung ist diese Rolle einzelner Mitverschworener heute in Details belegt; Originalquellen sind in Archiven einsehbar, teilweise veröffentlicht. Führende Militärs beispielsweise in der Heeresgruppe Mitte hatten Kenntnis von Massenverbrechen und unterstützten diese sogar - ungeachtet ihrer späteren oder gleichzeitigen Hitler-Gegnerschaft.

Besonders die ehemaligen Offiziere der Reichswehr waren meist scharfe Gegner der Weimarer Republik gewesen und hatten den Nationalsozialismus zunächst begrüßt; Teile der nationalsozialistischen Ideologie machten sich viele unter ihnen zu eigen. Oft zitiert wird der Tagesbefehl, den Erich Hoepner, Oberbefehlshaber der Panzergruppe 4, unmittelbar vor dem Überfall auf die UdSSR schrieb: "Wir treten morgen zu dem großen Kampfe an, den wir Germanen gegen das bolschewistische Slaventum führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten." Die Beschäftigung mit Biographien der Militärs unter den Männern des 20. Julis zeigt, dass solche Phrasen durchaus mit Überzeugungen verbunden waren. Ihre Motive, gegen Hitler zu opponieren, waren unterschiedlich und in sich widersprüchlich. Die bedingungslose Kapitulation und eine Zerschlagung des deutschen Reichs zu vermeiden oder wenigstens die "Ehre Deutschlands" zu retten, waren

ihre vorrangigen Ziele. Es kann nicht darum gehen, ihnen den persönlichen Mut abzusprechen. Doch dass sie bewusst unter Einsatz ihres Lebens agierten, kann auch nicht dazu führen, ihre konkrete Rolle in der Wehrmacht und im Krieg unkritisch zu betrachten. Da die "Männer des 20. Julis" für Bundesregierung und Bundeswehr als nationale Identitäts- und Traditionsstifter einer deutschen Republik herangezogen werden, ist es im Gegenteil notwendig, ihre widersprüchliche Haltung und ihre Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen zu belichten.

Henning von Tresckow als einer der führenden Köpfe unter den Mitverschworenen soll hier exemplarisch genannt sein. Er wird von der Bundeswehr in besonderem Maße geehrt. Neben einer Kaserne in Oldenburg ist auch die Kaserne des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr, zuständig für alle Einsätze der Bundeswehr im In- und Ausland, in Geltow bei Potsdam nach ihm benannt. Er hat mehrere Anschläge gegen Hitler geplant und, wenngleich erfolglos, zu realisieren versucht. Den Gedanken, das Szenario unter dem Namen "Walküre", das eigentlich für die Abwehr möglicher innerer Unruhen gedacht war, für einen Umsturz zu benutzen, entwickelten Claus v. Stauffenberg und Tresckow gemeinsam. Unmittelbar vor dem Anschlag vom 20. Juli 1944 bestärkte er Stauffenberg im Entschluss, den Anschlag auszuführen. Jetzt komme es darauf an, dass "die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat".

Aus einer preußischen Adelsfamilie stammend, hatte Tresckow sich sechzehnjährig als Freiwilliger im Ersten Weltkrieg gemeldet, nach dessen Ende er in die Reichswehr übernommen wurde. Nach einem zivilen Zwischenspiel setzte er ab 1926 seine militärische Laufbahn fort. Er durchlief eine Generalstabskarriere. 1939 wurde er in

die Führung der Heeresgruppe A berufen, 1940 Erster Generalstabsoffizier (1a) bei der Heeresgruppe B (ab 1941 Heeresgruppe Mitte), 1942 Oberst i. G., 1943 in die "Führerreserve" versetzt. Seit Oktober 1943 war er am Südbeschnitt der Ostfront, dort Ende November 1943 Chef des Stabes der 2. Armee, 1944 dann Generalmajor.

Als "national gesinnter Offizier" schreibt der Historiker Gerd R. Ueberschär, "beklagte er die parteipolitische Zerrissenheit der Weimarer Republik und wurde von Hitler und dem Nationalsozialismus angezogen", besonders wegen dessen Eintreten für militärische Belange und für Vergrößerung der militärischen Macht, habe aber dennoch der nationalen Erregung kritisch gegenübergestanden. Am "Tag von Potsdam", dem 31. März 1933, paradierte Tresckow mit seinem Bataillon des Potsdamer Infanterie-Regiments 9 an Hindenburg und den Vertretern des alten Preußens genau so vorbei wie an Hitler, Göring und weiteren nationalsozialistischen Führern.

Tresckow soll, so die Helden-Vita, vergeblich gedrängt haben, den "Barbarossa-Erlass" vom 13. Mai 1941 (Kriegsgerichtsbarkeitserlass) und den "Kommissarbefehl" vom 6. Juni 1941 nicht zu befolgen. Inhalt des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses beim "Unternehmen Barbarossa", dem Überfall auf die UdSSR, waren die Straffreiheit von Wehrmacht Angehörigen bei Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung, die Todesstrafe gegen ZivilistenInnen bei Widerstandshandlungen gegen die Wehrmacht sowie kollektive Gewaltmaßnahmen, sofern nach Anschlägen gegen die Wehrmacht die Täter nicht gefasst würden. Der Kriegsgerichtsbarkeitserlass wurde durch Vertreter der militärischen Opposition modifiziert, beispielsweise durch die Tätigkeit Rudolf-Christoph v. Gersdorffs (1c/A0, d.h. Nachrichtenoffizier/Abwehroffizier der Heeresgruppe B), doch wurden dabei völkerrechtliche Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung ausdrücklich für ungültig erklärt, ganz genau wie im ursprünglichen Erlass vom 13. Mai 1941. Speziell der Artikel II der Haager Landkriegsordnung, der ein Recht der Zivilbevölkerung eines überfallenen Landes auf Selbstverteidigung beinhaltet, wurde au-

herzustellen. Die Stadt ist beflaggt mit kaiserlichem Schwarz-Weiß-Rot und Hakenkreuzfahnen. Auf den Stufen der Potsdamer Garnisonkirche reicht Hitler dem 86jährigen Reichspräsidenten Hindenburg, bekleidet mit der Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls, ehrerbietig die Hand.

21.03.1933

- SA-Trupps halten Tausende in etwa 50 Lagern und zahllosen "Bunkern" gefangen. Bis Ende Oktober 1933 werden 500 bis 600 Menschen ermordet und rund 100.000 inhaftiert.

01.04.1933

- Reichsweiter Boykott jüdischer Geschäfte, der am 3. April abgebrochen wird.

07.04.1933

- Erste gesetzgeberische Maßnahme gegenüber Juden ("Arierparagraph").

02.05.1933

- Rollkommandos der SA besetzten Einrichtungen der freien Gewerkschaften, nehmen Funktionäre in "Schutzhaft". Die Gewerkschaften werden zerschlagen.

10.05.1933

- Bücherverbrennung.

14.10.33

- Austritt aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz in Genf.

02.08.1934

- Hitler übernimmt das Amt des Reichspräsidenten und nennt sich nun "Führer und Reichskanzler". Die Reichswehr wird auf Initiative des Reichswehrministers von Blomberg auf den "Führer" vereidigt. ("Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.")

16.03.1935

- Einführung der Wehrpflicht, Umbenennung der Reichswehr in Wehrmacht. Hitler erklärt öffentlich, die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht mehr anzuerkennen.

(Fortsetzung S.15)

ber Kraft gesetzt. Der Historiker Christian Gerlach schätzt ein, dass Tresckow und Gersdorff zwar die Initiative gegen den Kriegsverdiktserlass ergriffen, dies aber nicht nur durch "verdienstvolle Milderungen und Mäßigungen, sondern auch Verschärfungen". Dass Tresckow sich im Mai 1941 mit dem damaligen Generalstabschef der Heeresgruppe, General Hans v. Salmuth, verabredet haben soll, den Kommissarbefehl zu sabotieren, beruht auf tagebuchartigen Quellen, die erst nach dem Kriege verfasst wurden und in denen überdies die Befehle verwechselt sind.

Laut Gerlach zeigen neuere Aktenfunde, dass Tresckow und Gersdorff "den Einsatz von Agenten und deutschen Spezialeinheiten in sowjetischen Uniformen auf sowjetischem Gebiet vor dem Angriff auf die UdSSR in verantwortlicher Position" organisierten, wie es dann beim Überfall auf die Sowjetunion auch tatsächlich geschah.

Seine über Jahre verfolgten Attentats- und Umsturzpläne hinderten Tresckow nicht, z.B. 1942/43 brutale "Antipartisaneneinsätze" und die Schaffung "toter Zonen" zu unterstützen, Maßnahmen, die sich überwiegend gegen ZivilistInnen richteten und unter dem Vorwand des "Bandenkampfes", einer weiter verschleiern- den Bezeichnung für "Partisanenbekämpfung", zur Ermordung von Zehntausenden führten. Bei solchen Einsätzen wurden überwiegend unbeteiligte ZivilistInnen und darunter wiederum Tausende Jüdinnen und Juden liquidiert. Zu Arthur Nebe, dem SS-Brigadeführer der Einsatzgruppe B, unter dessen Führung 45.000 Menschen ermordet wurden, behielten Tresckow und Gersdorff auch nach 1941 ein weitgehend ungetrübtes Verhältnis bei. Gersdorff spricht in seinem Frontreise-Bericht vom 9. Dezember 1941 über Erschießungen von Juden und betont, diese Tatsachen seien im Offizierskorps an der Front "in vollem Umfang" bekannt geworden.

Im Juli 1943, nachdem er bereits mehrere Attentatsversuche unternommen hatte, fanden Tresckows Pläne zur Schaffung "toter Zonen" - von ihm unaufgefordert an verschiedene Stellen im Oberkommando des Heeres geleitet - Beachtung auch durch Hitler: "Der Bericht hat dem Führer vorgelegen und seine Billigung gefunden." Tresckow hat diese Politik nicht erfunden, aber

auch nicht "bloß" übernommen, sondern Vorschläge zu einer effektiveren Ausgestaltung gemacht.

Tresckow war als Generalstabsoffizier (1a) in der Heeresgruppe Mitte nur einer von insgesamt 3.100 Generalen der Wehrmacht. Doch wären die Wehrmachtverbrechen möglich gewesen, wenn langjährige hohe Militärs sich ihnen verweigert hätten? Generäle waren keine bloßen Befehlsempfänger, und auch Angehörige der militärischen Opposition haben Befehle nicht "nur" weitergeleitet, sondern ihre Umsetzung ausgestaltet. Am 28. Juni 1944, unmittelbar vor dem Attentat auf Hitler, unterschrieb Tresckow als Chef des Generalstabs der 2. Armee einen Befehl folgenden Inhalts: "Bei Bandenunternehmungen den Banden abgenommene Jungen und Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren, die körperlich gesund und deren Eltern nicht auffindbar oder als nicht arbeitsfähige Personen in den für Restfamilien (Bodensatz) vorgesehenen Räumen zusammenzuziehen sind, sind ins Reich abzuschleppen." Dieser Befehl war Teil einer Aktion, bei der im Gebiet der Heeresgruppe Mitte 40.000 bis 50.000 "Jugendliche im Alter von 10 bis 14 Jahren" gefangen werden sollten, um u.a. in den Junkers-Werken Zwangsarbeit zu leisten. Bei diesem Verbrechen wurden schließlich immerhin 4.500 Kinder verschleppt. Was konnte Tresckow, der seit Jahren gegen Hitler konspirierte und mehrere Attentate organisiert hatte, der unter Mitwirkung und Mitwisserschaft zahlreicher anderer einen Staatsstreich plante, also unter Einsatz seines Lebens handelte, bewegen, diesen Befehl zu unterzeichnen und weiterzugeben, mit dem Kinder zwangsweise in die kriegsverlängernde deutsche Rüstungsproduktion geschickt wurden? Welche "unschuldige" Erklärung kann es dafür geben?

INFO

Biographien der Verschwörer, Literaturhinweise und Quellen:

www.kampagne.de/GeloebNIX/Biographien_20.Juli.php

Kleine Gelöbnisgeschichte - Gelöbnisse von früher bis heute

Autor: JungdemokratInnen/Junge Linke

In den Söldnerheeren vergangener Jahrhunderte schworen die Söldner einen Fahneneid auf die sogenannten Artikelbriefe. Diese Briefe waren eine Art privatrechtlicher Vertrag, die das Verhältnis zwischen Kriegsherr und Söldner im Detail regelten. Der Schwur hatte also in gewisser Weise seinerzeit die Funktion des Vertragsschlusses zwischen Söldner und Kriegsherr.

Heute regeln Gesetze die dienstlichen Pflichten der Soldaten und zugleich die Hierarchien in der Truppe, durch die der Soldat u. a. zur Ausführung von Befehlen verpflichtet wird. Trotzdem werden Berufssoldaten bei Dienstbeginn nach wie vor vereidigt und Rekruten geloben feierlich zu Beginn ihres Dienstes in der Bundeswehr. Es stellt sich also die Frage, wozu es überhaupt eines zusätzlichen Gelöbnisses oder eines Eides bedarf, wenn alle Rechte und Pflichten des Rekruten ohnehin per Vertrag und Gesetz geregelt sind.

Seit wann gibt es öffentliche Gelöbnisse?

Gelöbnis und Eid hatten im Laufe ihrer Geschichte

unterschiedliche Funktionen, die nicht unbedeutend sind, wenn es darum geht, heutige Gelöbnisse zu analysieren und zu kritisieren. Bereits dargestellt wurde die eher privatrechtliche Dimension des Gelöbnisses in den Söldnerheeren. Mit den ersten Wehrpflichtigen-Armeen im 18./19. Jahrhundert wandelte sich die Bedeutung der Gelöbnisse massiv. Fortan wurde die Zeremonie zunehmend zu einer größeren Feierlichkeit im Truppenrahmen ausgebaut. Rekruten der Marine und Garde wurden zudem häufiger in Großveranstaltungen unter Anwesenheit des Kaisers vereidigt. Ein Zitat des Kaisers anlässlich einer solchen Großvereidigung im November 1891 ist beispielhaft für die Bedeutung der Gelöbnisse in der damaligen Zeit: "Ihr habt mir die Treue geschworen, d. h. ihr seid jetzt meine Soldaten, ihr habt euch mir mit Leib und Seele ergeben ..." Hier wird die große Bedeutung des Gelöbnisses für das Verhältnis zwischen Kaiser und Armee deutlich. Das Gelöbnis sollte die komplette Unterordnung des Soldaten unter den kaiserli-



Foto: Boris Bocheinski



Foto: Boris Bocheinski

chen Befehl manifestieren, der notfalls bis zum Äußersten ging. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der französischen Revolution 1789 und 1830 sowie der Märzrevolution in Deutschland 1848 und angesichts des konstitutionellen Systems in Preußen wurde befürchtet, dass sich das Parlament zwischen Kaiser und Armee stellen könnte. Deshalb wurden Angehörige der preußischen Armee u. a. seit 1859 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zudem wurden die Soldaten entgegen eines kaiserlichen Versprechens nach wie vor nicht auf die Verfassung vereidigt. Im Gegenteil: Sinn und Zweck des Gelöbnisses war seinerzeit, die intensive moralische Bindung des Soldaten an seinen Kaiser. Das Gelöbnis sollte die Loyalität des Soldaten und den festen unzertrennlichen Pakt zwischen Kaiser und Soldat manifestieren. Einzig dem Kaiser war der Soldat zur bedingungslosen Treue verpflichtet. 1847 formulierte die preußische Generalkommission in diesem Zusammenhang den Sinn der Vereidigung wie folgt: "Durch den bei Eintritt in den Militärdienst geleisteten Diensteid wird sie (die Treue zum Kaiser) für ihn (den Soldaten) zur heiligsten Gewissenssache gesteigert." Die Armee sollte durch das Gelöbnis mit dem Kaiser einen Pakt ein-

gehen, der sie zugleich politisch gegen die innenpolitischen Ideen des Sozialismus oder des Liberalismus immun machen sollte. Durch die Gelöbnisse sollte die Armee moralisch so "heilig" an den Kaiser gebunden sein, dass sie diesen und seine Macht unter allen Umständen zu verteidigen bereit war.

In der Weimarer Republik gab es dann keine Wehrpflichtarmee mehr, sondern in Folge der Verpflichtung aus dem Versailler Vertrag eine Berufsarmee. Gemäß einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 14.08.1919 wurde diese Armee auf die Reichsverfassung und den Reichspräsidenten vereidigt. Nachdem Paul von Hindenburg 1933 als Reichspräsident und Oberbefehlshaber

den Verfassungseid wieder abgeschafft hatte, kam es im Zuge der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten erstmals zu einer öffentlichen Vereidigung. Vereidigungen fanden fortan in einer "Vereidigungsparade" statt. Diese beinhaltete einen Präsentiermarsch sowie das Anspielen des Deutschlandliedes. Zwar wurde diese "Vereidigungsparade" bereits 1927 eingeführt, aber unter den Nationalsozialisten noch weiter ausgebaut.

Von früher bis jetzt - wie die Vereidigungsparade neu entdeckt wurde

Seit 1956, also dem Jahr, in dem die Bundeswehr gegründet wurde, bewegt sich die Bundeswehr auf einem schmalen Grad zwischen militärischer Traditionspflege einerseits und dem Bild der modernen, demokratischen Armee andererseits. Seit der Gründung der Bundeswehr gab und gibt es öffentliche Rekrutengelöbnisse in Deutschland. 1998 gelangte das Thema "Gelöbnisse" wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) startete 1998 kurz vor den Bundestagswahlen eine Gelöbnis-Offensive und setzte eine Reihe öffentlicher Gelöbnisse auf prominenten

Plätzen quer durch die Republik an, die die Bundeswehr stärker in das mediale Blickfeld rücken sollte und zugleich der CDU helfen sollte, sich im Bundestagswahlkampf durch eine offensive Unterstützungspolitik zugunsten der Bundeswehr zu profilieren. Erst kurz zuvor hatten die Soldaten im Zuge der Hochwasser-Katastrophe an der Oder tapfere Dienste geleistet. Dafür sollte ihnen nun öffentlich gedankt werden und ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit neu unter Beweis gestellt werden. Nach dem Regierungswechsel änderte sich an dieser wiederentdeckten Tradition der Gelöbnisse als großem medialem Ereignis wenig. Im Gegenteil: Der neue SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping baute die Gelöbnisserie aus. Da sich jedoch gerade die neue Regierungskoalition so vehement dem antifaschistischen Imagekampf und der Vergangenheitsbewältigung verschrieben hatte, sollte nicht länger einfach an alte Militärtraditionen angeknüpft werden. Der geniale Coup sollte die Terminierung eines der großen öffentlichen Gelöbnisse auf den 20. Juli sein. Der 20. Juli, jener Tag, an dem 1944 einige Offiziere der Wehrmacht ein Attentat auf Hitler versucht hatten, sollte als symbolischer Jahrestag des antifaschistischen Widerstandes die Abgrenzung der Bundeswehr zur früheren Wehrmacht unter Beweis stellen und das neue Bild der Bundeswehr manifestieren.

Offizielle Legitimation vs. Funktion von Gelöbnissen

Da es ja, wie bereits dargestellt, keine zwingende Notwendigkeit für Gelöbnisse, und erst recht nicht für öffentliche Gelöbnisse gibt, müssen andere Begründungen her, die das öffentliche Gelöben rechtfertigen und plausibel erscheinen lassen. Das Verteidigungsministerium begründet die öffentlichen Gelöbnisse in einer Schrift zur Öffentlichkeitsarbeit vor allem damit, dass durch ein Gelöbnis bei den Soldaten eine besonders tiefe und emotionale Bindung an ihre Pflichten erreicht werden sollte und betitelt dies als sog. "Sicherungsfunktion" von Gelöbnissen. Zugleich komme dem Gelöbnis in seiner "Bewusstmachungsfunktion" die

Mai 1935

- Boykottmaßnahmen gegen Juden werden verstärkt. Pogromartige Hetzkampagnen, gewaltsame Ausschreitungen folgen.

15.09.1935

- Die "Nürnberger Gesetze" werden Basis aller folgenden Ausnahmeregelungen gegen Juden.

7.3.1936

- Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes unter Bruch des Völkerrechts.

17./18.07.1936

- Beginn des spanischen Bürgerkriegs. Deutschland mit der "Legion Condor" interveniert zugunsten der Falangisten.

Herbst 1936

- Die Wehrmacht plant ein Kriegsheer "von größtmöglicher Operationsfreiheit und Angriffskraft", das "zu einem entscheidungssuchenden Angriffskrieg befähigt" sein soll.

24.06.1937

- Weisung von Kriegsminister Blomberg: Tschechoslowakei mögliches Kriegsziel.

05.11.1937

- Hitler legt den Oberbefehlshabern seine Kriegspläne dar. Spätestens 1941 sollen Polen und Tschechoslowakei angegriffen werden.

04.02.1938

- Hitler übernimmt den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht.

12.03.1938

- Einmarsch in Österreich.

30.05.1938

- Weisung Hitlers, die Zerschlagung der Tschechoslowakei vorzubereiten.

17.08.1938

- Alle Juden müssen den Namen "Sara" bzw. "Israel" annehmen.

01.10.1938

- Einmarsch in das tschechische "Sudetenland".

08.12.1938

- Erlass Himmlers zur systematischen Erfassung und erkennungsdienstlichen Behandlung aller "Zigeuner".

30.01.1939

(Fortsetzung S.19)

Aufgabe zu, dem Soldaten seine Funktion im Staate und für den Staat zu verdeutlichen. Ausgerechnet diese Funktionen, die doch vor allem an den soldatischen Gehorsam und die bedingungslose Unterordnung appellieren, als positive Effekte eines Gelöbnisses hervor zu heben, ist beinahe lächerlich. Gerade hier wird deutlich, welche Funktion den Gelöbnissen tatsächlich zukommt, nämlich die Festschreibung undemokratischer und hierarchischer Strukturen, deren Befolgung emotional verankert werden soll. Kritische Reflexion und Widerspruch sollen durch die "heilige" Bindung an soldatische Pflichten unterbunden werden.

Seit der Gelöbnis-Offensive 1998 gibt es regelmäßig anlässlich der Rekrutengelöbnisse öffentlichen Protest gegen diese Veranstaltungen. Die Kritik der Gelöbnisgegner zielt u. a. darauf ab, dass durch öffentliche Gelöbnisse der öffentliche und eigentlich für alle zugängliche Raum militarisiert und von der Bundeswehr beansprucht wird. Sinn und Zweck öffentlicher Gelöbnisse ist für das Verteidigungsministerium vor allem, eine Identifikation des Volkes mit "seiner" Armee zu schaffen. Dies widerstrebt jeglicher demokratischer oder antimilitaristischer Politik. Die Identifikation mit der Armee und die Öffentlichkeit der Gelöbnisse soll dazu dienen, eine der Bundeswehr gegenüber zunehmend unkritische Öffentlichkeit zu schaffen, für die das Gelöbnis ein ähnlich heiliger und unantastbarer Akt ist, wie für die Rekruten selbst. Militär und Bundeswehr sollen endlich wieder zum normalen Stadtbild gehören. Die Angst vor einer zunehmenden Militarisierung des Alltags soll durch die regelmäßige Präsenz der Bundeswehr in Form von feierlichen Zeremonien gemildert werden. Das Militär soll endlich als Begleiter und Beschützer des Volkes begriffen werden.

Obleich jedoch immer wieder von offizieller Seite angeführt wird, dass das Gelöbnis in der Öffentlichkeit auch die Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft hervor hebe und die Bindung der Soldaten an die demokratische Grundordnung festige, berufen sich nach wie vor weder Gelöbnis noch Eid auf das Grundgesetz. Abgesehen davon, dass auch ein Verfassungseid aus einem öffentlichen Gelöbnis keine

demokratische oder gar lobenswerte Veranstaltung machen würde, wird an der Beibehaltung des bisherigen Eids vor allem eines deutlich: Trotz aller Beteuerungen, die Bundeswehr durch öffentliche Gelöbnisse an demokratische Ideen zu binden, geht es eigentlich um ganz andere Ziele. Bei Gelöbnissen geht es in allererster Linie um einen Appell an Emotionen. Das öffentliche Gelöbnis hat im 20. und 21. Jahrhundert vor allem eine innenpolitische Funktion. Die Bevölkerung soll an den militarisierten öffentlichen Raum gewöhnt werden. Es soll sich seiner Armee nicht mehr schämen müssen und daran glauben, dass sie mit Kriseneinsätzen und Interventionen nur das Beste tut, weil sie es ja als demokratische und gute Armee macht. Der Widerstand gerade gegen diese Einsätze soll mit emotionalen Appellen gebrochen werden, Einsätze im In- und Ausland sollen endlich normalisiert werden. Dies wird gerade im Zusammenhang mit dem Gelöbnis 1999 deutlich. Das Gelöbnis fand kurz nach Beginn des Kosovokrieges statt, also unmittelbar nach dem ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten seit mehr als 50 Jahren. Das Gelöbnis hatte gerade hier den Zweck, die Öffentlichkeit an eine "normale" Bundeswehr zu gewöhnen, die eben auch den "normalen" Kriegseinsatz wieder kennt. Öffentliche Gelöbnisse sollen, so formuliert es das Verteidigungsministerium sogar selbst, die Bundeswehr im Volk verankern. Gleichzeitig sollen sie all jenen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen, die die Bundeswehr wegen rechtsextremer Ausschreitungen oder auch aus antimilitaristischen Überlegungen heraus kritisieren. Durch die öffentlichen Gelöbnisse soll der Gehorsam nicht nur bei den Soldaten, sondern auch in der Bevölkerung manifestiert werden. Gerade deshalb ist es nötig, sich immer wieder kritisch zur Bundeswehr und ihrer Traditionspflege zu äußern, gegen die öffentlichen Gelöbnisse als Ausdruck der Militarisierung des öffentlichen Raum massiv und mit Nachdruck zu protestieren.

INFO

Überarbeitete und gekürzte Fassung, erstmalig erschienen in der Broschüre "Gelöbnis - Wir stören gern" JD/JL (Hg.), 2001, zu bestellen unter: info@jjl.org



GelöbNIX - X-tausend-mal Berlin

Autor: Michael Behrendt, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Foto: Hans-Peter Stiebing

Am 31. Mai 1996 versuchten Bundesregierung und Bundeswehr zum ersten Mal, in der neu-alten Hauptstadt Berlin ein "feierliches öffentliches GelöbNIX" zu zelebrieren. Soldaten in "Großem Dienstanzug", d.h. Paradeuniform, sollten vor der Kulisse des preußischen Charlottenburger Schlosses für nette Propagandafotos herhalten. Rund 300 Rekruten sollten in Anwesenheit von Bundespräsident Herzog und Verteidigungsminister Rühle feierlich geloben, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. So wahr ihnen Gott helfe. Eberhard Diepgen, damals regierender Bürgermeister sagte dazu: "Berlin steht zur Bundeswehr, und die Bundeswehr steht in Berlin, hier vor dem Charlottenburger Schloss, direkt vor dem Reiterdenkmal des Großen Kurfürsten. Wir wollen auf diesen guten Traditionen Preußens und Deutschlands aufbauen und damit unseren Beitrag zu einem Frieden in Europa leisten."

GelöbNIX 1

Kaum waren Pläne für ein GelöbNIX bekannt geworden, formierte sich in Berlin der Widerstand, und das feierliche und öffentliche erste GelöbNIX in der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands wurde von 450

Gartenzwergen durchgeführt. Am 29. Mai anno 1996 waren Zwerge zum GelöbNIX angetreten - ihre Kameraden der Bundeswehr erst zwei Tage später. Doch die Zwergengeneralität hatte versäumt, den Platz in einem hoheitlichen Akt zum Zwergensperrgebiet zu erklären und durch Zwergfeldjäger abschirmen zu lassen. Zwei Jahre später verhandelte das Berliner Amtsgericht die unglaubliche Tat. Die antimilitaristischen Veranstalter mussten sich wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vor Gericht verteidigen. Der Antrag des Strafverteidigers, sechs Zwerge, die vor dem Gericht ausharrten, als Zeugen vernehmen zu lassen, wurde abgelehnt und das Verfahren eingestellt.

Am Tag des zweiten öffentlichen GelöbNIX in Berlin, das von der Bundeswehr durchgeführt wurde, fand die erste Berliner GelöbNIXdemonstration statt. Mehrere hundert Demonstranten brachen dabei durch weiträumig angelegte Absperrungen und konnten erst vor der zweiten Barrikade gestoppt werden. Etwa 500 Antimilitaristen, die bereits nachts in den abgesperrten Kiez eingesickert waren, gaben dem Bundeswehzeremoniell den Rahmen: Die Rede von Roman Herzog ging in "Mörder-Rufen" unter, Pressebilder verschwammen im Rauch der Nebelbomben.

Das für 1997 geplante Gelöbniß der Bundeswehr in Berlin wurde auf Grund der Proteste, Störungen und der Demonstration aus dem Vorjahr wieder abgeblasen. Die Ideen und Orte, an denen das Gelöbniß stattfinden sollte, reichten von der Spandauer Zittadelle bis nach Kreuzberg.

GelöbNIX 2

1998 nahmen Bundesregierung und Bundeswehr erneut all ihren Mut zusammen und versuchten, vor dem Roten Rathaus in Berlin-Mitte ein "öffentliches feierliches Gelöbniß" zu zelebrieren. Wieder kamen ihnen AntimilitaristInnen zuvor. 20 Schafe traten samt Schafsjäger zum ersten Schafsgelöbniß in der Geschichte an und gelobten, "dem Staat der Schafsköpfe treu zu dienen und tapfer ins Gras zu beißen."

Für das Bundeswehrgelöbniß wurde ein "historisch unbelasteter" Termin gewählt, so CDU-Bürgermeister Diepgen. Es war das Datum der Wehrmachts- und SS-Massakers in Lidice, Oradour-sur-Glane und Distomo. Bundeswehr und Polizei verschanzten sich hinter einem vier Meter hohen Absperrzaun vor der kritischen Öffentlichkeit, Demonstration und Friedensfest.

GelöbNIX 3

Seit 1999 versteckt sich die Bundeswehr mit geladenen Gästen hinter Gittern und Sicherheitszäunen am Bendlerblock. Am 20. Juli 1999, dem Jahrestag des

gescheiterten Attentats auf Hitler, befeierten sich Militärs und Staatsmacht erstmals am Bendlerblock.

Im Vorfeld des 20. Juli 1999 wurde die Hardenbergstraße mit Sandsäcken und Vogelscheuchenrekruten blockiert, rund 15 Personen hielten einen Zug für zwei Stunden auf. In einer anderen Vorfeldaktion wurde die Stauffenbergstraße nach Ludwig Quidde, einem Pazifisten, benannt. Am 08. Juli besetzten AntimilitaristInnen das Berliner Kreiswehersatzamt, und am Gelöbnißtag schmuggelten sich über 30 AntimilitaristInnen trotz extremer Sicherheitsvorkehrungen unter die Ehrengäste. Während der Gelöbnißabnahme protestieren sie mit Transparenten und Regenschirmen: "Tucholsky hat Recht". Schröder klopfte sexistische Sprüche, und das Gelöbniß ging im Pressehohn unter. Mobilisierung, Vorfeldaktionen und Demonstration zeigten erneut, dass das Gelöbniß weder "öffentlich" noch "feierlich" war.

GelöbNIX 4

Unter dem Motto "Gelöbniß - diesmal bleiben wir zu Hause" besetzten AntimilitaristInnen mit aufblasbaren Möbeln eine Kreuzung und hielten das Bus-Shuttle der geladenen Gäste und Rekruten auf. Es kam zu 30 Festnahmen. Die Demonstration führte, begleitet von einem massiven Sicherheitsaufgebot, zum Matthäikirchplatz, wo die Kundgebung mit lautstarkem Protest stattfand.

Das Gelöbniß wurde auf einem Parkplatz in der Nähe des Bendlerblocks durchgeführt, beobachtet lediglich von geladenen Gästen. Die Bundeswehr hatte für diesen Tag das Hausrecht über das gesamte Areal übernommen, um Proteste Hör- und Sichtweite zu verhindern. Damit wurde zwar öffentlicher Raum okkupiert, zugleich jedoch in einen privaten Raum verwandelt, erneut war das Demonstrationsrecht eingeschränkt. Lautsprecher durften nicht in Richtung des Gelöbnißes gerichtet werden, die Lautstärke der Demonstranten wurde gemessen und mit Platzverweis gedroht, wenn jemand zu laut pffft.

GelöbNIX 5

Falsche Scharpingtöchter konnten im Abendkleid, Mercedes S-Klasse und Chauffeur alle Absperrungen



Foto: Lothar Eberhardt

durchfahren. Feldjäger standen stramm. Die "Töchter" ketteten sich an den Absperrzaun und lösten Alarmtrötchen aus. Wieder wurde das Demonstrationsrecht stark eingeschränkt und die Demonstranten mit Auflagen vom Ort des Geschehens ferngehalten.

GelöbNIX 6

AntimilitaristInnen versteckten sich mehrere Tage vor dem GelöbNIX in einer nahe gelegenen leerstehenden Botschaft, wurden aber am Vormittag des GelöbNIX von Sicherheitskräften entdeckt und festgenommen. Die Demonstration wurde mit einem massiven Polizeiaufgebot und grundrechtsverletzenden Auflagen versehen. Die Militärübertretungen am 20. Juli, die mittlerweile durch Einladung von Ehrengästen aus dem Ausland zum Staatsakt ausgeweitet werden, fördern den Abbau demokratischer Errungenschaften. Das Militär als Sinnbild der Staatsmacht soll gleichsam unantastbar werden, Kritik im Keim erstickt.

GelöbNIX 7

Auch der siebente Versuch eines "feierlichen" GelöbNIX in Berlin scheiterte. Berliner AntimilitaristInnen tarnten sich als TiergartenbesucherInnen, überkletterten den Zaun, der die zivile Öffentlichkeit vom militärischen Mummenschanz trennte, und schlugen Alarm: In die "feierliche Stille" heulten Alarmer und tuteten Nebelhörner. Von einem Botschaftsgebäude gegenüber dem Bendlerblock tönten ebenfalls Signalarmer, und es wurde ein Transparent entrollt. Weitere 1.000 DemonstrantInnen demonstrierten ebenfalls friedlich und lautstark gegen das GelöbNIX.

Phantasievolle Proteste, GELÖBNIX-X-tausend-mal Straßenblockaden und falsche Scharpingtöchter, Besetzung von Botschaftsgebäuden in unmittelbarer Nähe zum GelöbNIX, Straßentheater auf dem Alexanderplatz, direkte Störaktionen durch Überwindung der Absperrungen, Auslösung von Alarmeiern, lautstarke Demonstrationen: Das GelöbNIX der Bundeswehr am 20. Juli ist nicht öffentlich und nicht feierlich.

- Hitler kündigt vor dem Reichstag die Vernichtung der "jüdischen Rasse" im Fall eines Weltkrieges an.

14.03.1939

- Die Slowakei erklärt auf deutschen Druck ihre Unabhängigkeit und stellt sich unter den "Schutz" des Reiches. Das übrig gebliebene Staatsgebiet der Tschechoslowakei wird nach dem Einmarsch zum "Reichsprotektorat Böhmen und Mähren".

23.03.1939

- Einmarsch ins litauische Memelgebiet.

03.04.1939

- Weisung Hitlers, den Angriffskrieg auf Polen vorzubereiten.

30.04.1939

- Juden müssen "arische" Wohnhäuser räumen.

01.09.1939

- Deutschland beginnt den 2. Weltkrieg: Angriff auf Polen. Teile Polens werden dem Reich einverleibt, der Rest "Generalgouvernement".

21.09.1939

- "Einsatzgruppen", die den vorrückenden Wehrmachtsverbänden folgen, erhalten u.a. den

Befehl, Juden in Ghettos zu konzentrieren. Sie ermorden Tausende Intellektuelle, Angehörige des katholischen Klerus und Juden.

12./17.10.1939

- Erste Deportationen von Juden aus Österreich und dem "Protektorat Böhmen und Mähren".

08.11.1939

- Georg Elzers Attentat auf Hitler scheitert.

Dez. 1939

- Erste Massen-deportation von ca. 87.000 Juden und Polen aus den "eingegliederten Ostgebieten" ins "Generalgouvernement". Bis Juni 1941 werden 365.000 Polen und 500.000 Juden deportiert.

12./13.02.1940

- Erste Deportationen von Juden aus dem Reichsgebiet ins "Generalgouvernement". Die Wehrmacht stellt Fahrzeuge.

09.04.1940

- Überfall auf Dänemark und Norwegen.

10.05.1940

- Angriff im Westen unter

(Fortsetzung S.21)



Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform!

Autor: Marek Voigt, JungdemokratInnen/Junge Linke, Foto: Hans-Peter Stiebing

Obwohl sie massiv in die Grundrechte der Wehrpflichtigen einschneidet, wird auch in den aktuellen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) des Bundes"verteidigungs"ministeriums an der Wehrpflicht festgehalten. "Die Wehrpflicht bleibt in angepasster Form für die [...] Bundeswehr unabdingbar", heißt es dort. Immer noch soll die männliche Jugend in ein System gezwungen werden, in dem Zwang, Hierarchie und Gehorsam regieren, mit dem einzigen Zweck, Menschen dazu abzurichten, sich gegenseitig umzubringen.

Doch darüber wollen die Wehrpflichtanhänger verständlicherweise nicht reden. Welche äußere Bedrohung die Bundesrepublik dazu zwingen soll, weiter an der Wehrpflicht festzuhalten, bleibt anscheinend auch

den Strategen im Kriegsministerium unverständlich. Deshalb werden in den VPR sogar sachfremde Tätigkeiten wie "die eventuelle Unterstützung bei Naturkatastrophen" und nicht näher spezifizierte "andere Gründe" zur Legitimation der Wehrpflicht angeführt.

Deshalb wird oftmals ein anderes Argument vertreten: die Wehrpflicht würde so etwas wie eine Demokratisierung der Bundeswehr bewirken, schließlich würden sonst nur Neonazis und andere Autoritäre dorthin gehen. Tatsächlich lässt sich nicht bestreiten, dass das System von Befehl und Gehorsam, Feindbilddenken, starre Hierarchien und eine Ausbildung zum Töten gerade für diejenigen, die die Bundeswehr demokratisieren sollen, wenig attraktiv sind, noch dazu, wenn ihnen vorher erst

mal viele ihrer verfassungsmäßigen Grundrechte aberkannt werden, so z. B. das der körperlichen Unversehrtheit und der Freiheit der Person.

Aber auch sonst stimmt das Argument nicht, denn durch die Wehrpflicht wird ganz im Gegenteil die Gesellschaft militarisiert. So entpuppt sich die angebliche Demokratisierung als Propaganda. Denn Demokratisierung kann nicht die Zwangsverpflichtung der männlichen Bevölkerung in eine Organisation, die tatsächlich vor allem für Rechte attraktiv ist, bedeuten, sondern ihre Abschaffung.

Ein wichtiger Grund für das Festhalten an der Wehrpflicht ist, dass mit ihrer Abschaffung auch der Zivildienst wegfiel. Vor allem im sozialen und im Gesundheitsbereich würden Tausende billige Zwangsdienststellen durch reguläre Arbeitsplätze ersetzt werden müssen. In Zeiten von Massenerwerbslosigkeit spricht das jedoch eher für die Abschaffung der Zwangsdienste.

Außerdem: Grundrechte dürfen nicht eingeschränkt werden, nur um Lohnkosten zu sparen. Es kann nicht sein, dass der Staat zur Erfüllung wichtiger Aufgaben billige Zwangsverpflichtete statt vernünftig ausgebildeter Fachkräfte einsetzt.

Gegen die Abschaffung des Zivildienstes wird gerne auch angeführt, dass es ja nicht schaden könne, wenn die jungen Leute sich mal für das Gemeinwohl einsetzen. Nur wird dabei leider nicht erklärt, warum das unter Zwang passieren muss und warum man das nicht auch bei vernünftiger Bezahlung tun kann. Deshalb muss auch der Zivildienst als Teil der Wehrpflicht ersatzlos abgeschafft werden.

Die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht darf nicht davon ablenken, dass die Bundeswehr schon lange zu einer schlagkräftigen Interventionsarmee umgebaut wird. Es muss deshalb auch all jenen Kräften entgegengetreten werden, die die Wehrpflicht einzig deshalb abschaffen wollen, weil sie die Modernisierung der Bundeswehr behindert. Die Bundeswehr soll noch viel stärker zu einem Instrument deutscher militärischer Großmachtspolitik aufgerüstet werden.

Selbst von kritischer Seite wird manchmal eingewandt, die Wehrpflicht würde die Bundeswehr hindern, überall in der Welt eingesetzt zu werden. Doch die Bundeswehr ist eine Freiwilligenarmee mit Wehrpflichtigenanhang. Der wichtigste Teil der Bundeswehr sind inzwischen die Einsatzkräfte, die durch die Wehrpflicht nicht etwa innerhalb der deutschen Grenzen gehalten werden, sondern im Gegenteil durch die Wehrpflicht nach dem Prinzip des Schnupperabos neue Freiwillige gewinnen.

Global einsetzbar, in jedem "Krisengebiet" zu Haus, immer bereit "deutsche Interessen" zu vertreten, so präsentiert sich die Bundeswehr und deshalb muss sie weg.

Verletzung der Neutralität der Benelux-Staaten.

22. Juni: Frankreich kapituliert.

31.07.1940

- Hitler erklärt intern seinen Beschluss, die Sowjetunion anzugreifen.

Vorrangige Ziele:
Ausrottung der "jüdisch-bolschewistischen"
Führungsschicht und der Juden in Ostmitteleuropa, Gewinnung von Kolonialraum, Dezimierung der "slawischen Massen", Ausbeutung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln.

Herbst 1940

- Errichtung jüdischer Ghettos in Warschau, Lublin, Krakau, Lodz u.a.

18.12.1940

- Hitler-Weisung Nr. 21 ("Fall Barbarossa"): Wehrmacht soll die Sowjetunion "in einem schnellen Feldzug" niederwerfen.

17./30.03.1941

- Hitler erläutert Offizieren: Der Ruslandfeldzug sei als "Vernichtungskrieg" mit barbarischer Härte zu führen.

06.04.1941

- Überfall auf Jugoslawien

(Fortsetzung S.23)

Gelöbnix - Wir stören gern!

Autor: Alexander Haas, JungdemokratInnen/Junge Linke

"Nie wieder darf deutschen Kriegen der Boden ausgehen!"
(Dieter Hildebrandt)

Nach einer "militärischen Durststrecke" Anfang der 90er wurde unter dem ehemaligen Verteidigungsminister Volker Rühle nach neuen Legitimationsgrundlagen für eine Armee in einem von lauter Freunden umringten Land gesucht. Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik wurde von nun an forciert, mit dem Ziel, deutsche Interessen weltweit stärker durchsetzen zu können, sei es mit direkten Kampfeinsätzen um das Machtgefüge in einer Region wieder "zurechtzurücken" oder mit einer durch volle militärische Mitwirkung gestärkten Mitsprache in internationalen Bündnissen und Institutionen.

Innerhalb einer ebenfalls nicht mehr auf Verteidigung sondern weltweiter politischer und wirtschaftlicher Interessendurchsetzung ausgerichteten NATO soll die Bundeswehr durch die Wehrstrukturreform angriffsfähig gemacht werden. Zwar wird quantitativ auf 250.000 SoldatInnen "abgerüstet", dafür wird aber die gesamte Bundeswehr auf Auslandseinsätze ausgerichtet.

In den 90er Jahren wurde die deutsche Gesellschaft schrittweise wieder an deutsche Kampfeinsätze gewöhnt: zunächst 1992 mit SanitäterInnen der Bundeswehr in Kambodscha, ein Jahr später in Somalia wieder mit SanitäterInnen und einem Nachschub- & Transportbataillon, 1995 in Bosnien mit SanitäterInnen, Transportflugzeugen, Tornados (nur zu Aufklärungsflügen), AWACS-Aufklärern und Minensuchbooten. Bekanntheitsmaß erhielt diese Entwicklung unter Rot-Grün im Kosovo-Krieg ihre Vollendung, als deutsche Tornados nicht mehr nur Aufklärungsflüge übernahmen, sondern so richtig mitbomben durften.

Parallel dazu wurden Maßnahmen gestartet, um die Bundeswehr in der Gesellschaft "zu verankern", sprich ihre aggressive Rolle zu legitimieren. So präsentiert sich die Bundeswehr inzwischen mediengerecht in

Werbespots, im Internet und mit einer ganzen Palette von "Fanartikeln" (Poster, Broschüren, online-Spiele, Video- und Bildergalerien, CD-Rom) immer mit einem Hauch von Actionfilm und Vaterlandsliebe. Als ob das nicht schon genug wäre, ziehen außerdem noch Heerscharen von Jugendoffizieren durch Schulen und propagieren den Nutzen und die Sinnhaftigkeit der Wehrpflicht und ganz nebenbei wird den kleinen Staatsbürgern dann noch die Notwendigkeit militärischer Intervention klargemacht. Abgerundet wird das Präsentationsprogramm der Bundeswehr durch Ausstellungen der Bundeswehr, mit echten Panzern, echten Flugzeugen und imposanten Vorführungen, alles hautnah und zum Anfassen.

Doch um die Bevölkerung kriegswillig zu machen, musste und muss die Bundeswehr noch näher ans Volk heran. So startete Ex-Verteidigungsminister Rühle im Wahljahr 1998 eine Gelöbnisoffensive mit 100 Gelöbnissen auf öffentlichen Plätzen. Was als Wahlkampfhilfe begann, wurde zur "Wiedereinführung einer unbekannteren Tradition". Der rot-grünen Bundesregierung gelang dann der finale Image-Coup. Am 20. Juli, dem Jahrestag des fragwürdigen militärischen Widerstands gegen Hitler wurde ein Gedenktag für den antifaschistischen Widerstand im Rahmen eines feierlichen Gelöbnisses etabliert und die Bundeswehr in der Öffentlichkeit in eine scheinbar ganz und gar antifaschistische Tradition gerückt. An die Stelle der bis Ende der 80er Jahre waltenden, in der NS-Vergangenheit begründeten internationalen Zurückhaltung trat durch Fischer & Scharping die ebenfalls in Verantwortung der deutschen Geschichte stehende Bestimmung der Bundeswehr, eine Wiederholung von Auschwitz zu verhindern, nur eben mittels Kampfeinsätzen statt Friedenspolitik. Nun wird mit Gelöbnissen die Bundeswehr in den Alltag der Menschen und in den öffentlichen Raum integriert.

Während zu Beginn der Gelöbnisoffensive noch Berichte über rechtsextreme Vorfälle in Kreisen der Bun-



Foto: Lothar Eberhardt

deswehr zu sehen und zu lesen waren, verstummen sie doch mit der Zeit und wurden von der Berichterstattung über demokratieverbundene Gelöbnisfeiern ersetzt. So sind deutsche Soldaten, mal gelobend, mal kämpfend inzwischen auch Medienalltag geworden, begleitet von persönlichen Reportagen über die Angehörigen der Rekruten oder der KFOR-Soldaten, deren Alltag einschließlich des hervorragenden Gruppengeists sowie der heroisierenden Darstellung von Kampftauchern, Fallschirmjägern, Bomberpiloten und anderen Kuriositäten. Kein Wunder, dass die im Sommer chronisch themermangelnden Lokalzeitungen in diesen Chor mit einstimmen.

Für Rekruten und deren Angehörige stellt die Gelöbnisfeier ein bedeutendes Ereignis dar, bei dem die SoldatInnen ein gefühlsbeladenes Ehrempfinden für ihre Mordstätigkeit entwickeln und die Angehörigen eine Art persönliche Bindung zur Armee aufnehmen und beide sich mit der Bundeswehr und ihrem Handeln identifizieren.

Während wohl noch zu Beginn der 90er Jahre die Erklärung "Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen" breite Zustimmung in der Öffentlichkeit fand, fehlte es an einem breiten gesellschaftlichen Widerstand während des Kosovokriegs. Es wird deutlich, dass die von der deutschen Geschichtsschuld auferlegte Zurückhaltung beim Umgang mit Militär abgelegt wurde und stattdessen ein neues "deutsches Selbstbewusstsein", verbunden mit Großmachtambitionen und militärischer Stärke entsteht, wenngleich im Verlauf des Kosovokrieges noch medial aufbereitete Lügen notwendig waren, um die Zweifler in der Gesellschaft ruhig zu stellen.

Da öffentliche Gelöbnisse einen wichtigen, zur gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit von Kriegen unentbehrlichen Beitrag leisten, müssen sie daher Zielscheibe antimilitaristischen Widerstands sein. Dabei ist kreativer Einsatz gefragt, um auch die breite Medienöffentlichkeit mit unserem Protest zu erreichen.

en und Griechenland. Kroatien wird zum deutschen Satellitenstaat, Serbien fällt unter militärische Verwaltung.

13.05.1941

- Kriegsgerichtsbarkeitserlass Hitlers: Straffreiheit bei gesetzwidrigen Vorgehen in der UdSSR.

06.06.1941

- Kommissarbefehl.

22.06.1941

- Überfall auf die Sowjetunion. Bis Ende 1942 systematische Ermordung von über 1 Million Zivilisten durch "Einsatzgruppen" und Wehrmacht.

14.10.1941

- Befehl zur Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet in Ghettos.

21.10.1941

- Erste deutsche Massenexekution in Jugoslawien als Repressalie gegen Partisanentätigkeit.

Dez. 1941

- Blitzkrieg gegen die Sowjetunion scheitert vor Moskau.

Beginn der Ermordung von Juden in Vernich-

(Fortsetzung S.25)

Die Medien und der Krieg

Autor: Norbert Meyerhöfer Jusos Berlin

"Was sich in dieser Kriegserzählung bildet, ist nicht weniger als eine neue politische Philosophie, die sich freilich nicht mehr in Ideen, sondern in Bildern formuliert. Die Medien machen nun nicht mehr einfach Propaganda, sie sind die neue Form des politischen Denkens."
(Georg Seeßlen)



Foto: Kampagne

Mit der Kriegserzählung ist der Kosovo-Krieg 1999 gemeint. Die Welt dreht sich immer schneller und jener Krieg vor nunmehr fünf Jahren scheint schon fast aus unserem kollektiven Gedächtnis verschwunden zu sein, es ist jedoch wichtig sich ihn in Erinnerung zu rufen, will man mehr erfahren über die Wirkungsweisen von Massenmedien, über den Gebrauch von Bildern und Sprache als Kriegsinstrument, über die neue Form des politischen Denkens. Die Prinzipien sind in jedem Krieg dieselben.

wessen Wirklichkeit?

Medien bestimmen einen immer größer werdenden Teil der Wirklichkeitswahrnehmung des Menschen. Dabei bilden sie Realität nicht bloß ab, sondern erzeugen vielfach diese erst. Dies hat mit einer automatischen oder auch bewussten Interpretation des Dargestellten zu tun, die wiederum begründet sein kann durch Einflussmöglichkeiten von außen (z.B. durch Finanziern). In Extremfällen kann man auch heute noch von einer Manipulation der Öffentlichkeit durch Medien sprechen. Ein Grund ist die Konkurrenz unter den Medien, die schnell in einen Wettbewerb um Sensationen abdriftet und letztlich eine Verzerrung oder Manipulation der Wirklichkeit erzeugen.

In Kenntnis medienpsychologischer Wirkungsweisen werden bestimmte Bilder heutzutage bewusst eingesetzt. Dies geschieht alltäglich in der Werbung, wird aber auch zunehmend zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im politisch-militärischen Kontext (Kosovo-Krieg, Irak-Krieg, ...) verwendet.

war games

Und wie war das noch, damals im letzten Jahrtausend - also 1999? Das vielfältige militärische Geschehen im Kosovo-Krieg erreichte die partizipierende Öffentlichkeit in den deutschen Wohnstuben durch einen zweifachen Filter hindurch: zum einen unterlagen die JournalistInnen einer Vorzensur der Militärs. Die Kampfmoral der Heimatfront durfte keinesfalls durch Bilder

serbischer Feuerwehrleute, die gerade verkohlte Leichen aus einem Bombenrichter kratzten, beeinträchtigt werden. Zum anderen sahen, hörten und lasen wir natürlich nur das, was uns die deutschen Massenmedien vorsetzen wollten. Nur die Segmente der Wirklichkeit, die jener zweifachen Selektion unterworfen wurden, reduzieren und präparieren hernach das Blickfeld der RezipientInnen. Die Wahrnehmung des/der RezipientIn selektiert ihrerseits, gleicht die Kommunikate des jeweils individuellen Reservoirs an Wahrnehmungsmustern an. Die (des)informierte Öffentlichkeit fungiert nicht nur als Adressatin, sondern als womöglich kriegsentscheidender Teil des Schlachtfeldes. Diese Konstellation ist nicht neu. Jedoch entwickelte sich in den neunziger Jahren ein bemerkenswerter Prozeß der Dynamisierung, vor allem die audiovisuellen Massenmedien multiplizierten vollends zu Instrumenten der psychologischen Kriegsführung.

Dabei vermitteln die Kommunikate massenweise Fälschungen, Halbwahrheiten und Lügen. Sensationell wurde beispielsweise über ein sogenanntes Konzentrationslager im Fußballstadion von Pristina berichtet. Scharping betrieb damit sehr effektive Propagandapolitik. In Wahrheit gab es solch ein KZ niemals. Am 29/03/99 verkündete Nato-Sprecher David Wilby, daß fünf Intellektuelle aus dem Kosovo von Serben hingerichtet worden sind. Wenig später traten die Toten bei einer Bundespressekonferenz in Bonn auf. Die Hinrichtungsmeldung wurde freilich weit größer gefahren als das Dementi.

the epic story

Die RezipientInnen nun suchen nach Sinn und Ordnung der Bilder. Eine Nachricht wird erst verstanden, wenn es eine Erzählung wird. Der Krieg muß insgesamt zu einer Erzählung, zu einem Melodram werden, damit die RezipientInnen mit seiner Existenz leben können, damit ein/e jede/r zur großen Erzählgemeinschaft dazugehören kann. Wir wollen den Krieg gar nicht in all seinen schrecklichen Aspekten, in seinem Grauen und seiner Absurdität verstehen. Diese Erzählung muß die klassischen Rollen haben, die Identifikations- und Distanzierungsmodelle. Die Schurken, die Helden und die Opfer. Gegen den "Drachen" Milosevic stehen die "Ritter", die heroisch in ihren Nato-Bombern "den gefährlichsten Job in diesem Krieg" machten, indem sie aus 12km Höhe, jenseits der Reichweite jugoslawischer Flugabwehrstellungen, Wohnblocks flachwalzten. Die Opfer, also die "Jungfrau" die gerettet werden mußte, waren die kosovo-albanischen Flüchtlingsgruppen, die einige Tage nach dem Beginn des Angriffskrieges über die mazedonische Grenze kamen. Für einige Wochen und Monate wurde das Bild des drogendealenden, gewalttätigen und gesetzlosen Albaners in den deutschen Medien dabei verdrängt.

eine gerechte Sache!

Ein wesentliches Merkmal war der moralische Auftrag unserer Helden. Die Kriegsführung der Nato schien ausschließlich aus menschlichem Entsetzen über die begangene Greuel motiviert zu sein. Geostrategische Machtinteressen oder kapitalistische Verwertungsinteressen des militärisch-industriellen Komplexes existierten in der medialen Kriegserzählung kaum. Dies würde ja ge-

tungslagern durch den Einsatz von Gaswagen.

Juni 1942

- Beginn der Massenvergasung von Juden in Auschwitz/Birkenau.

12.06.1942

- Generalplan Ost gebilligt. Polen und weite Teile der Sowjetunion sollen "germanisiert" werden. Der Plan sieht die Umsiedlung von 31 Millionen Menschen, die "Zwangsgermanisierung" und die Ermordung weiterer Millionen Menschen vor.

24.1.1943

- US-Präsident Roosevelt und britischer Premier Churchill beschließen auf einer Konferenz in Casablanca die Formel von der "bedingungslosen Kapitulation".

Jan./Feb. 1943

- An allen Fronten verliert die Wehrmacht die strategische Initiative. Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad.

18.02.1943

- Goebbels verkündet den "totalen Krieg".

10.07.1943

- Alliierte Landung auf Sizilien.

(Fortsetzung S.27)

haltvolle journalistische Hintergrundrecherchen, die kosten- und zeitaufwendig wären, bedeuten. Angesichts der immer größer werdenden Anzahl von freischaffenden Niedriglohn-Teams gegeneinander konkurrierender Produktionsfirmen in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft fast ein Ding der Unmöglichkeit.

gegen die Teufelsbestie!

Die grenzenlose Roheit des Feindes ist ein weiteres Kernstück der deutschen Kriegserzählung. Zum besten Demagogen unter den deutschen PolitikerInnen in dieser Sparte avancierte Kriegsminister Scharping. Die geplante Strategie war es, die Verbrechen Milosevic mit denen des Faschismus gleichzusetzen. Begriffe wie "Schlächter", "Hitler", "Völkermord", "Konzentrationslager", "Selektion" und "SS" prägten die Beschreibungen der Taten des Feindes. Schon seit Jahren arbeiten PR-Agenturen wie Ruder Finn an der planmäßigen Verbreitung von Schreckensbildern des Feindes und praktikablen Begriffen dazu, die z.B. gezielt Vorstellungen von den bereits erwähnten Begriffen verbreiten. Ob es nun drogendealende Albanerbanden, fütenfressende Serben oder Babys-aus-Brutkästen-an-die-Wand-schmeißende Iraker sind, die Produktion und Konsumierung solcher Systeme der Haßerzeugung beruhen auf den Gesetzen medialer Marktwirtschaft.

was steckt in Dir für ein Wahn?

Wer bei der Erzählgemeinschaft nicht mitmacht, wird ausgestoßen. Die Hysterie der Ausgrenzung hat den Zweck, den Gegner "im eigenen Land" moralisch zu vernichten. Intellektuelle und PolitikerInnen, die die "falsche" Meinung haben, werden zu einem Stachel im Fleisch der Erzählgemeinschaft, beinahe schlimmer als der Feind selbst.

information warfare

Nicht nur in der massenmedialen Inszenierung war Kosovo ein Informationskrieg. Gezielt wurde die Infrastruktur des jugoslawischen Informationssystems angegriffen. Alliierte Kampfbomber zerstörten im ganzen Land Rundfunktransmitter, TV-Stationen wurden zerbombt. Die Öffentlichkeitsarbeit der Nato-Militärs wurde professionalisiert, Massaker (z.B. "Rugovo", "Hufeisenplan")

wurden inszeniert, Untersuchungsberichte nicht veröffentlicht und Verdachtsmomente wurden mit Vermutungen und dem serbischen Feindbild anstatt mit einer genauen Untersuchung belegt. Mit Lügen, Verdrehungen und dramatisierten Fernsehbildern wurden auf allen Seiten unüberwindbare ethnische Gegensätze konstruiert. Drei paradigmatische Aussagen fassen wichtige Ziele der alliierten und deutschen Militärs zusammen.

1) Der damalige Nato-Sprecher Jamie Shea sagte einmal "Journalisten sind Soldaten", dies verweist auf die Philosophie der Militärs - information warfare is a core capability!

2) Sein damaliger Stellvertreter Walter Jertz tätigte, angesichts prekärer Umfrageergebnisse, den Spruch "wir brauchen grausamere Bilder von Flüchtlings-trecks". Genau das ist der Zweck der "core capability"-to win the hearts and minds of people!

3) Der damalige Kriegsminister Scharping befand über den Jugoslawienkrieg: "damit ist die Schuld der Deutschen auf dem Balkan getilgt". Durch die Konstruktion eines "Balkan-Hitler" und mittels der Instrumentalisierung einer "Auschwitz-Verantwortung" gelang es formidabel, die Akzeptanz militärischer Mittel in der deutschen Öffentlichkeit herzustellen.

kleines 1x1 der adäquaten Erzählweise

Um die öffentliche Meinung und den Alltagsverstand der Menschen auf der Straße in Richtung dieses Konsens zu formen, bedarf es nicht nur einer guten Story, sondern auch einer geeigneten "Grammatik". Durch beschönigenden Wortgebrauch, euphemistische Neologismen, Phraseologismen und Metaphern versuchen Regierungen und Militärs ein gleichförmiges Verhalten und Denken zu schaffen, um die eigene Herrschaftsausübung und einen Krieg zu legitimieren.

So besitzt die Bundeswehr beispielsweise Terminologie-ausschüsse, die für die Namensgebung neuer Waffentechnologie zuständig sind. Auch Pressemitteilungen des deutschen Militärs, des Außenministeriums oder der Nato werden sprachlich sorgfältig von SpezialistInnen der Öffentlichkeitsarbeit abgewogen. Verharmlosungen dienen auch dazu, militärisches Eingreifen zu rechtfertigen und

zu legitimieren. "Friedensoperationen aus humanitären Gründen" stoßen in der öffentlichen Meinung eher auf Zustimmung, als die harte Wahrheit, in einen Krieg zu ziehen.

böse Wörter, gute Wörter

Um Zustimmung für ein mögliches Eingreifen in einen Krieg zu erlangen, wird verstärkt auf eine "Freund-Feind-Trennung", eine "wir-sie-Asymmetrie" zurückgegriffen, die mittels "harter" und "weicher" Sprache kommuniziert wird. Ersteres wird verwendet, um den Gegner mit negativen Attributen zu brandmarken. Beispielsweise verwendete der damalige Kriegsminister Scharping während des Jugoslawienkriegs ständig Vokabeln wie "Völkermord", "Konzentrationslager", "Nazi-Herrschaft", "Auschwitz" etc. So wird die Richtigkeit des eigenen Handelns betont und die anfangs in der Öffentlichkeit sehr umstrittenen deutschen Luftangriffe als gerechtfertigt dargestellt.

Der Gegner "unterwirft" und "mordet" und "bombardiert", während der "humanitäre Einsatz" der Nato-Truppen "rettet" und "befreit" und "Luftschläge" führt.

Die militärische Sprache bedient sich häufig Fach- und Fremdwörter oder Abkürzungen. Diese haben eine verschleiernde Wirkung und suggerieren eine Kompetenz; sie schaffen Autorität, Distanz und haben ferner etwas Beschwichtigendes. Der/die PatientIn respektiert die Analyse des Fachmenschen, hat aber letztlich nichts verstanden.

Explizit in der deutschen Sprache wird auch häufig eine weitere Verharmlosung mittels des Gebrauchs des Passivs verwendet. Keiner schießt direkt. Es "wird geschossen" oder "Schußwaffen kommen zur Anwendung"; "150 Einsätze wurden geflogen" und "mit Verlusten muß gerechnet werden". Der Krieg wird entpersonalisiert und das Sterben wird mit "Kollateralschäden", "Ausschaltungen" u.ä. umschrieben oder sogar mittels "chirurgischen Schlägen" als etwas Heilbringendes dargestellt, um die Grausamkeiten so zu ästhetisieren, dass es auch als Frühstücksektüre verdaulich ist.

Die subtilste Form sprachlicher Manipulation ist die Verwendung von bestimmten Metaphern, deren Assoziationen weniger im alltäglichen Sprachgebrauch auffallen als vielmehr im Unterbewußtsein mitschwingen. Panzertypen werden bevorzugt Tiernamen gegeben - Lebensvernichtendes wird mit Lebendigem, was schnell und ausdauernd ist, konnotiert. Kampfbomber oder Schlachtpläne mit Bezeichnungen von Naturkatastrophen versehen (z.B. "Tornado", "desert storm") - für die keineR was kann und schicksalhaft sind, eine unvermeidliche Tatsache eben.

03.09.1943

- Der Achsenpartner Italien kapituliert und wird durch deutsche Truppen besetzt.

Jan. 1944

- Sowjetische Truppen erreichen die Ostgrenze Polens.

06.06.1944

- Alliierte Invasion an der französischen Atlantikküste.

20.06.1944

- Sowjetische Partisanen legen in ihrer größten Aktion mit 10.000 Sprengungen das Eisenbahnnetz der zentralen Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte lahm.

22.06.1944

- Beginn der sowjetischen Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte. Bis Mitte Juli bricht die zentrale Heeresgruppe Mitte zusammen, sowjetische Truppen erreichen Ostpreußen und den Weichselbogen.

Die Chronik basiert auf: Martin Broszat, Norbert Frei (Hrsg.): Das Dritte Reich im Überblick, Piper 1989.

Deutsche Armeen in einer langen Tradition.

Ja, Morden.



Morden im In- und Ausland • Deutschland beginnt noch
ist für deutsche Soldaten nichts einen Weltkrieg • Somalia
Ungewöhnliches. Erinnern wir 1993/1994. Menschen zu töten
uns: • Angriffskrieg gegen gehört zur Tradition von
Frankreich 1871 • Deutschland (deutschen) Armeen
beginnt einen Weltkrieg. Daran sind wir stolz.

Wir sind immer noch da.



„Keine Pflicht, Kriegsdienste zu leisten“
Land- der Demokratie

„Keine Pflicht, Kriegsdienste und Militär“

61 50 05 99

Die Militarisierung der deutschen Gesellschaft

Autor: Jusos Berlin

Die Vorbereitung der Gesellschaft auf Kriegseinsätze außerhalb des Nato Gebietes war ein langer Prozess, der von den Bundesregierungen Kohl/Genscher, Kohl/Kinkel und der rot-grünen Bundesregierung mit erstaunlicher Effizienz durchgeführt wurde. Dieser Prozess der Militarisierung der Gesellschaft ist keineswegs abgeschlossen und hatte in dem Einsatz von Kriseninterventionskräften in Afghanistan seinen vorläufigen Höhepunkt. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickelten sowohl NATO als auch Bundeswehr neue strategische Konzepte, um einer aktuellen Legitimationskrise zu begegnen.

Die neue Bundeswehr auf dem Weg zu neuen Einsätzen

Der militärische Gegner der vergangenen Jahrzehnte war verschwunden und die Zahl der Kriegsdienstverweigerer verdreifachte sich innerhalb weniger Jahre. Die Bemühungen des damaligen Generalinspektors, die "neue Bundeswehr" als "humanitäre Hilfsorganisation" zu präsentieren, waren unzureichend, da die Bundeswehr zwar seit ihrer Gründung an über 130 zivilen Hilfsaktionen beteiligt war, deren Effizienz aber sowohl in der Bevölkerung als auch unter Experten bezweifelt wurde. Internationale Hilfsorganisationen und das deutsche Technische Hilfswerk konnten auf Grund ihrer hohen Spezialisierung solche Hilfsaktionen schneller und kompetenter bewältigen als die Bundeswehr.

Einen Tiefpunkt fand die Beurteilung der Bundeswehr, als sie nach den verheerenden Stürmen der 80er Jahre den Forstbetrieben ihre Hilfe anbot und durch den Einsatz von Bergepanzern und in den Belangen der Forstwirtschaft ungebildeten Rekruten dem empfindlichen Öko-System immensen Schaden zufügten.

"Die neuen Kriege"

Architekt und gewissermaßen Gründer der strukturellen Veränderung innerhalb der Bundeswehr war Klaus Naumann, der 1991 zum Ge-

neralinspekteur der Bundeswehr berufen wurde. Die mit der strategischen Neuausrichtung der Bundeswehr einhergehende Umgestaltung der Nato rechtefertigte laut NATO-Protokoll vom 7. und 8. November 1991 Eingriffsmöglichkeiten, falls die Gefahr bestünde, dass Mitgliedsstaaten von "der Zufuhr lebenswichtiger Rohstoffe" abgeschnitten würden. Die Ursache für die Neuausrichtung der Nato wurde vom damaligen amerikanischen Sicherheitsexperten derart beschrieben: "Falls die Nato nicht ‚out of area‘ geht, ist sie bald auch ‚out of business‘." Naumann präziserte diesen Punkt, indem er den Sicherheitsbegriff und infolgedessen die Sicherheitsinteressen mit der "Aufrechterhaltung des freien Welthandels" und dem "Zugang zu strategischen Rohstoffen" definierte.

Diese Punkte fanden Eingang in die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" des Jahres 1992, in denen nicht nur die Kompetenzerweiterung der NATO forciert, sondern auch "neue Aufgaben" der Bundeswehr definiert. Es handelte sich um eine grundsätzliche und verbindliche Anweisung für die Bundeswehr und hatte den Charakter eines Schlüsseldokuments, indem Aufgaben zugewiesen wurden, die weit über den Verteidigungsauftrag hinausgingen.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) von 1992

Zentral für die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" sind die Definition der "vitalen Sicherheitsinteressen". So ist z.B. die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels" und der "ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" als vitales Sicherheitsinteresse definiert. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien schließen dabei den Konflikt mit den Verbündeten nicht aus: "Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten decken." Wobei auf einen nuklearen Schutzschild nicht verzichtet werden könne, da "sich Deutschland als Nichtnuklearmacht und kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen

nicht allein behaupten kann". Weiterhin schließen die Verteidigungspolitischen Richtlinien: "Unter den neuen sicherheitspolitischen Verhältnissen lässt sich Sicherheitspolitik weder inhaltlich noch geografisch eingrenzen." Deshalb fordern die VPR die "Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen". Diese Art des deutschen Sonderweges ist für uns Juso ebenso inakzeptabel wie die Begründung von Kriegshandlungen mit ökonomischen Interessen.



Kritik an den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 wurde vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit der Besorgnis geäußert, dass die Tür zu deutschen militärischen Alleingängen aufgestoßen würde. Auch wenn Deutschland durchaus eigene außenpolitische Interessen verfolgt, ist ein militärischer Alleingang derzeit unrealistisch. Vielmehr zeigt sich die "neue Weltordnung", die unter Bush sen. (1991) definiert und unter Clinton als "World Leadership" präzisiert wurde. Diese Weltführung wurde aus Ideen von Henry Kissinger und Samuel Huntington über den historischen Auftrag der Vereinigten Staaten abgeleitet. Hierbei sollte die USA nicht allein, sondern im Rahmen der Nato ihre globalpolitische Konzeption umsetzen. D.h. nicht eine Überordnung wird unter der Weltführung verstanden, sondern eine Nato, die die geopolitische Konzeption der USA teilt und von ihr geleitet wird. Deutschland signalisierte, wie es "die Erwartungen der Clinton-Administration an Deutschland" ausdrückte, die Bereitschaft, "auch an anderen Missionen der Friedenserhaltung außerhalb Europas teilzunehmen". Die rot-grüne Bundesregierung hebt die Kontinuität in der Außenpolitik in der ersten Legislaturperiode 1998-2002 auf einen zentralen Rang. Im Kontext der Außenpolitik bedeutete diese Entscheidung zum einen eine enge Bindung Deutschlands an die USA, zum anderen die Bestätigung von out-of-area Einsätzen der Bundeswehr.

Um die Politik des weltweiten militärischen Engagements vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, sprach die Bundesregierung nicht länger von Bedrohung, sondern von Instabilitäten. Bereits in dieser Phase

wurde von "humanitären Interventionen" gesprochen. Diese Interpretation eröffnete der Bundeswehr eine ganze Palette neuer Eingriffsmöglichkeiten. Das Recht aus dieser Intervention ergäbe sich aus der "gewachsenen Verantwortung Deutschlands für Europa und die Welt". Dieser Position stimmten auch die damaligen Oppositionsparteien zu.

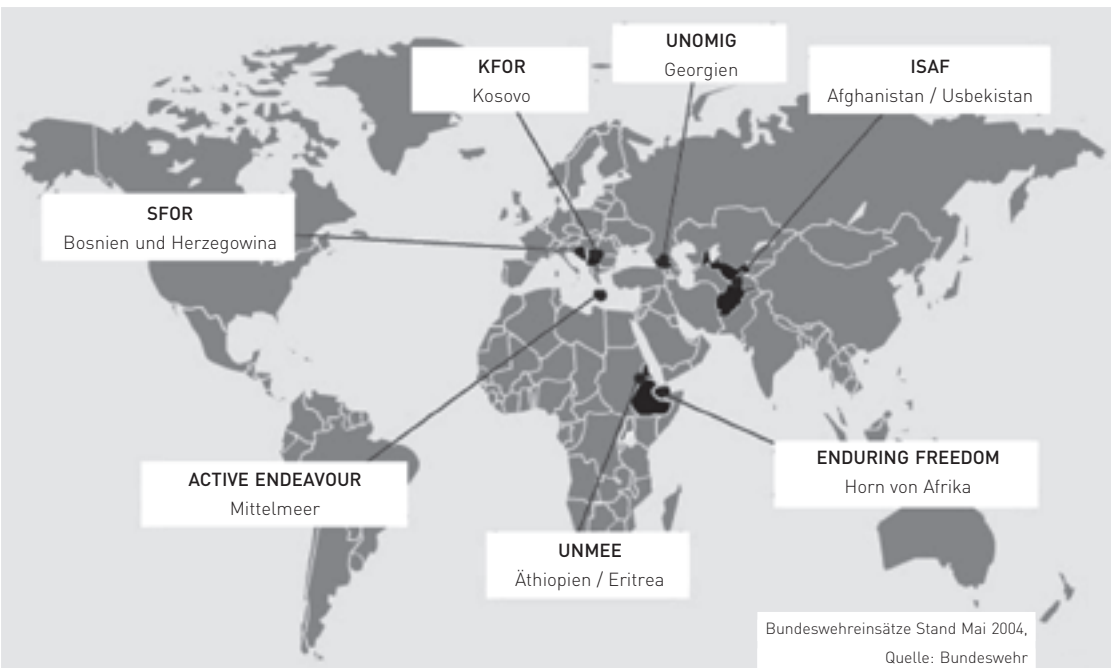
Im Einklang gegen die Vereinten Nationen

Es gab fortan einen breiten Konsens darüber, dass solche Einsätze der Bundeswehr im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen dem "internationalen Weltfrieden" dienten. Der Widerspruch eines Teils der deutschen Militäreinsätze mit der "Charta der Vereinten Nationen" wurde ignoriert. In Washington ging man deshalb davon aus, dass amerikanische und deutsche Interessen für die voraussehbare Zukunft weitgehend übereinstimmen. Dieser Konsens sollte zugleich eine Übereinstimmung hinsichtlich dem instrumentalen Gebrauch des Militärs herbeiführen, wie dies in der amerikanischen Geschichte seit langem üblich war (mehr als 150 Teilnahmen an bewaffneten Konflikten seit 1950).

Neue VPR

"Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren und eine aktive Rolle in der Friedenssicherung zu spielen, stellt Deutschland in angemessenem Umfang Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können."

Die am 21. Mai 2003 von Verteidigungsminister Peter



Struck erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien sind ein weiteres Stück Weg hin zu einem Gebrauch des Militärs nach US-amerikanischem Vorbild. Die Bundeswehr hat die Aufgabe die Interessen und den Einfluss Deutschlands zu sichern. Dies ist im wesentlichen eine Erweiterung der "vitalen Sicherheitsinteressen" von 1992. Die Erweiterung des Bundeswehrauftrages von der Landesverteidigung zu einer Interventionsarmee wird ebenso festgeschrieben wie die Möglichkeit, zu jeder Zeit an jedem Ort eingreifen zu können:

"Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes."

An dem Punkt, an dem Deutschland sich konstruktiv an dem "Kampf Gegen den Terrorismus" beteiligen könnte, der Reduktion von Rüstungsexporten,

werden nur vage Angaben zur Verbesserung der Rüstungsexportkontrollen angedeutet. Der militärisch-industrielle Komplex hingegen sogar noch ausgebaut werden:

"Deutschland wird als Voraussetzung für solche Kooperationsfähigkeit eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis in technologischen Kernbereichen aufrechterhalten, um auf die Entwicklung entscheidender Waffensysteme Einfluss nehmen zu können."

Und wie weiter ?

Durch die in den VPR angedeuteten Einsätze der Bundeswehr im Innern auf Grund des Kampfes gegen den Terror, besteht die Gefahr, dass die Grenzen der Gewaltenteilung und der Aufgabenverteilung zwischen Militär und Polizeien zusehends verwischt werden. Damit hätten die Militärs einen Meilenstein erreicht. Wir kommen dem Militärstaat ein Stück näher!

Ein deutscher Soldat foltert nicht

Autorin: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Presseberichte im Februar 2004: Ein Feldwebel aus dem Fliegerhorst Wunstorf bei Hannover hat mehrere ihm unterstellte Soldaten über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren in mindestens 51 Fällen hinwegdrangsaliert und misshandelt. Er attackierte die Soldaten mit Boxhieben und Nackenschlägen, fesselte sie mit Kabelbindern an einen Stuhl, schlug und quälte sie. Als der Täter schließlich vor Gericht gestellt wurde, äußerte sein Verteidiger, es habe sich um im Grunde übliche Umgangsformen bei der Bundeswehr gehandelt, um "pseudo-kameradschaftliches Verhalten". In der Tat: Dieser aktuelle ist nur einer von zahlreichen Berichten über Vorkommnisse in der Bundeswehr, bei denen Grund- und Menschenrechte von Soldaten und ZivilistInnen verletzt wurden. Verbale Demütigungen, Androhung von Waffengebrauch, physische Übergriffe bis hin zu massiver Gewaltanwendung, sexualisierte Gewalt und generell entwürdigendes Verhalten scheinen, auch wenn sie in den letzten Berichten des Wehrbeauftragten bevorzugt in der Rubrik "Einzelfälle" auftauchten, keineswegs Ereignisse von Seltenheitswert zu sein. Bei weitem nicht alle, die in der Bundeswehr oder durch Bundeswehrosoldaten Gewalt erfahren, wenden sich auch an den Wehrbeauftragten. Angst vor weiteren Schikanen und Resignation, aber auch das Gefühl, Misshandlung und verbale Gewalt gehörten zum Militär "irgendwie dazu", hindern viele Betroffene, ihre Erfahrungen öffentlich zu machen. Die folgenden Beispiele beruhen auf den Jahresberichten der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages:

Ein Unteroffizier schlug über einen längeren Zeitraum Soldaten verschiedener Mannschaftsdienstgrade mit Gegenständen. Einen Hauptgefreiten z.B. schlug er mit einem aufgeklappten Tacker, sodass eine Tackernadel im Arm hängen blieb. Er ließ diesen Soldaten grundlos robbeln und drückte ihn in ein Schlammloch. Im Gespräch mit einem Hauptgefreiten äußerte er: "Manschaften sind nichts wert, Manschaften sind wie Dreck, jederzeit austauschbar, und wenn sie ka-

puttgehen, ist es kein Problem, dann kann man sie einfach neu ordern." (Bericht 2003)

Ein Grundwehrdienstleistender wurde von drei ange-trunkenen "Kameraden" geschlagen und in die Du-sche genötigt. Sie zwangen ihn, sich zu entkleiden, und demütigten ihn, indem sie ihn mit Schrubbern "wuschen" und mit kaltem Wasser abspritzten. (Bericht 2002)

Ein Zeitsoldat im Dienstgrad eines Oberleutnants stell-te 1999 als Student der Universität der Bundeswehr eine "Folterfibel" zusammen, in der Foltermethoden dargestellt wurden, die zur "Informationsbeschaffung" dienen sollten. Zu einer Veröffentlichung im Internet (die der Soldat offenbar geplant hatte) kam es nicht. Der Soldat wurde nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Zugführer in einem Ausbildungsbataillon. Entlassen wurde er jedoch auch nicht, sondern durch ein truppendienstgerichtliches Urteil um lediglich einen Dienstgrad degradiert. Sodann erhielt er einen Pos-ten in einem Amt der Bundeswehr. Im Bericht des Wehrbeauftragten wird nur noch angemerkt, dass er später nicht in die Reserve aufgenommen werden soll. (Bericht 2001)

Unter dem Stichwort "Zeitgemäße Menschenführung, Ausbildung und Erziehung" berichtete der Wehrbe-auftragte: Während einer Übung, bei der unter an-derem eine Gefangenessammelstelle einzurichten war, wurde ein Hauptgefreiter in der Rolle des Kriegs-gefangenen über einen Zeitraum von etwa acht oder neun Stunden verhört. Dabei wurde er gefesselt, musste mit einem Stiefelbeutel über dem Kopf "un-bequeme" Körperhaltungen einnehmen und "Leibes-übungen unter Einsatz eines Besenstiels" - was immer man sich darunter vorzustellen hat - durchführen. Das Aufzwingen unnatürlicher Körperhaltungen über längere Zeiträume und das Verhüllen des Gesichts-feldes sind Foltermethoden, wie sie in Diktaturen geübt werden. Was Soldaten, die bereits während einer Übung einen Mitsoldaten dergestalt quälten,

mit wirklichen Gefangenen zu tun im Stande sind, bleibt der Phantasie der LeserInnen überlassen. (Bericht 2000)

Nachdem einem Zugführer von seinem Stellvertreter ein Streich gespielt worden war, begab er sich mit dem Stellvertreter in ein nahegelegenes Wäldchen und befahl ihm, sich niederzuknien. Er hielt ihm eine Pistole P1 an den Kopf und warf ihm eine Schlinge um den Hals. Dabei erklärte er: "Das hat man früher mit Verrätern und Saboteuren gemacht." Das hat für den Betroffenen mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeutet, dass er in diesem Augenblick die gleichen Todesängste auszustehen hatte, die Menschen bei Folter und Scheinhinrichtungen erleben. Darüber und über mögliche weitere Folgen schweigt der Bericht. Der gleiche Zugführer beschimpfte Soldaten wüst und tolerierte, dass Gruppenführer in seinem Beisein Soldaten in der Kaserne zu einem Verhalten zwangen, das sie bloßstellen und in ihrer persönlichen Integrität verletzen sollte.- Im gleichen Berichtsjahr wurde ein Grundwehrdienstleistender im Rahmen einer "Strafaktion" von maskierten "Kameraden" ans Bett gefesselt und mit einer Kübelspritze nassgespritzt. Der Vorgesetzte, ein Stabsunteroffizier, tolerierte diese Misshandlungen, die sich von Folter kaum unterscheiden, unternahm nichts, um dem Grundwehrdienstleistenden zu helfen und erstattete auch keine Meldung.- In diesem Jahr gelangten der damaligen Wehrbeauftragten weitere nächtliche Überfälle auf Mitsoldaten zur Kenntnis. (Bericht 1998)

1997 wurden durch ein Fernsehmagazin Ausschnitte eines im Jahre 1996 von Soldaten des Gebirgsjägerbataillons 571, Schneeberg, auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg privat aufgenommenen Videofilms bekannt. In diesem Video haben als "Feinddarsteller" eingesetzte Mannschaften in ihrer unbeaufsichtigten Freizeit Erschießungen, Vergewaltigungen und Folter gespielt. Neben einem "erschreckenden Werteverlust" bemängelte die damalige Wehrbeauftragte Claire Marienfeld auch die Teilnahme eines Stabsunteroffiziers an den Spielen. Im gleichen Jahr zogen fünf Soldaten durch Detmold und griffen wahllos Auslän-

der mit Messern und Baseballschlägern an. Die Wehrbeauftragte untersuchte den Fall und stellte fest, dass die Männer "völlig unterentwickelte Vorstellungen über die Würde des Menschen und über andere Grundwerte unserer Verfassung aufwiesen". Das Jahr war von weiteren rassistischen und rechtsextremistischen Vorkommnissen bei der Bundeswehr geprägt, die ohne die Tätigkeit der Medien möglicherweise niemals bekannt geworden wären. (Bericht 1997)

Ein Stabsunteroffizier ließ einen Rekruten während der Ausbildung hinknien und die Hände hinter den Kopf verschränken. Daraufhin hielt er seine noch mit Manövermunition geladene Pistole an dessen Nacken, stellte dem Soldaten den Fuß auf den Rücken und drückte ab. Der Soldat erlitt ein Knalltrauma und Verletzungen am Hinterkopf.- Im Berichtszeitraum fanden weitere "verhältnismäßig schwere Vorfälle" statt, bei denen Soldaten durch alkoholisierte Mitsoldaten misshandelt wurden: So schlugen vier angetrunkene und maskierte Grundwehrdienstleistende mit verknoteten Handtüchern auf einen schlafenden Kameraden ein, den sie für einen "Abseiler" und "Drückeberger" hielten. Als er schrie, richteten sie ihn so zu, dass er u.a. eine Schädelprellung und Platzwunden erlitt. Sie bedrohten ihn auch mit dem Feuerstrahl einer entzündeten Spraydose.- Ebenfalls betrunkene Gefreite schlugen einen Kameraden wegen eines "Verrats" etwa 40 mal mit der flachen Hand ins Gesicht, beschimpften und bespuckten ihn, übergossen ihn mit Bier und rissen ihm den Ohrring heraus. Die Misshandlungen waren so massiv, dass auch dieser Soldat Schädelprellungen und eine Halswirbelverstauchung erlitt. (Bericht 1996)

Auch Offiziersanwärter waren von folterähnlichen Misshandlungen betroffen. Sie wurden von Ausbildern "gefangengenommen", gefesselt und mit verbundenen Augen in einen Keller gebracht. Zeitweilig in unnatürliche Körperhaltung gezwungen, wurden sie stundenlang und z.T. bei lauter Beschallung aus Lautsprechern verhört. Einige von ihnen mussten nacheinander in einen etwa ein Meter tiefen Sickerschacht steigen, der mit einer Eisenplatte verschlossen wur-

de. Ausbilder hämmerten mit Gegenständen auf die Platte. Die Wehrbeauftragte bewertete dies als Verletzung von Grundrechten der Soldaten. Zudem hätten die Ausbilder den jungen Soldaten damit den Eindruck vermittelt, das Kriegsvölkerrecht sei "nicht so ernst zu nehmen".
(1996)

2004: Ein Professor der Bundeswehr-Universität München, der Historiker Michael Wolffsohn, äußerte in einer Fernsehsendung, dass Folter oder die Androhung von Folter legitim sei, sofern es um den Kampf gegen den Terrorismus gehe. Das ist die Theorie. Was innerhalb der Bundeswehr passiert, ist die Praxis. Und der Oberbefehlshaber der Truppe sagt: "Ein deutscher Soldat foltert niemanden." Das ist Propaganda.

INFO

Mehr Beispiele: www.Kampagne.de/Themen/BW_Monitoring.php

KONTAKT



JungdemokratINNen/Junge Linke, Landesverband Berlin
Kopenhagener Straße 47
10437 Berlin

Tel.: +49-(0)30 - 247 297 47

Fax: +49-(0)30 - 234 596 26

www.jungdemokraten.de
info@jungdemokraten.de



Jungsozialisten in der SPD, Landesverband Berlin
Müllerstr. 163
13353 Berlin

Tel.: +49-(0)30 - 469 21 35/5

Fax: +49-(0)30 - 469 21 64

Bürozeiten: 13-16 Uhr (montags - donnerstags)

www.jusos-berlin.de
jusos@spd-berlin.de



Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Kopenhagener Str. 71
10437 Berlin

Tel.: +49-(0)30 - 440 130 0

Fax: +49-(0)30 - 440 130 29

Bürozeiten: 10-18 Uhr (montags - freitags)

www.kampagne.de
info@kampagne.de

Diese Broschüre liefert Informationen und Hintergründe zu Gelöbnissen, zum 20. Juli und seiner Instrumentalisierung und zum Kurs von Bundesregierung und Bundeswehr, Deutschland auch militärisch weltweit zum Akteur werden zu lassen.

